

Der Störenfried

- Unabhängig & unerbittlich -



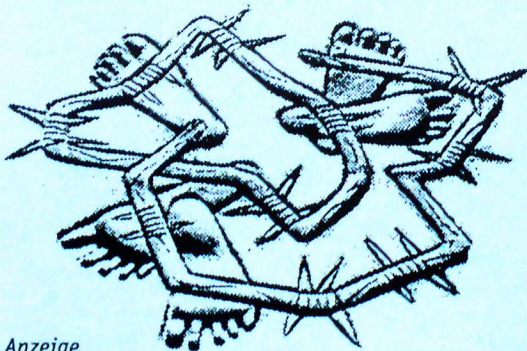
GELD STINKT!

Aus dem Inhalt:

- Modern Times! - Seite 4
- Der erste Mai in Magdeburg - Seite 6
- Schule - Nein danke! - Seite 8
- Kubatours - Reiseimpressionen - Seite 16
- Expo 2000 - Seite 20
- Mumia Abu Jamal - Seite 24
- Gesellschaftlicher Wertewandel und Hochschule - Seite 28

Inhalt

Zu diesem Heft	3
Modern Times!	4
Jahrmarkt der Eitelkeiten	6
Schule — Nein danke!	8
Ian Kevin Curtis & Joy Division.....	14
Kubatours	16
EXPO 2000	20
Stop the Legal Lynching of Mumia Abu-Jamal.....	24
Die Rippe vom Manne	26
Klassenk(r)ampf	27
Gesellschaftlicher Wertewandel und Hochschule.....	28
Big Brother is watching you!	30
¡Ya Basta!	32
Showdown in Seattle	34
Termine.....	36
Auf zum 5. Anarchistischen Sommercamp!	39



Anzeige

12 Antifa-Workcamp Weimar/Buchenwald 22.-29. Juli 2000

Inhaltliches:

Verschiedene Veranstaltungen, Alternativer Stadtrundgang, Tagesfahrt ins Außenlager Mittelbau-Dora, Eröffnungs- und Abschlusskonzert, Praktische Arbeitsprojekte an der Gedenkstätte

Techinx:

14,- DM pro Tag/Person, inkl. Verpflegung, Zelt/Schlafsack mitbringen!

Infos & Anmeldungen:

Tel.: 0178/288 37 35, email: querkopf@t-online.de

Netz: www.crosswinds.net/~rotkaepchenantif/index.htm

Zu diesem Heft

Ihr haltet gerade die Erstausgabe unseres Zeitungsprojektes DER STÖRENFRIED in den Händen. Wir haben diesen Namen deswegen gewählt, weil wir das Einerlei, das die politische Landschaft – nicht nur – in Magdeburg und Sachsen-Anhalt beherrscht, ein wenig mit kritischen Anmerkungen und – soweit wir welche sehen – mit alternativen Lösungsansätzen stören wollen.

Solche Ansätze hat es in Magdeburg schon mehrfach gegeben. Jedoch war den meisten kein Erfolg von Dauer vergönnt. Wir denken da beispielsweise an die gute alte „Subito“, die mangels Beteiligung schon vor Jahren eingeschlafen ist, wie auch an die diversen Infoblätter, Fanzines und dergleichen, die von Zeit zu Zeit in Magdeburg kursieren. Unserer Meinung nach wäre es durchaus sinnvoll, die vereinzelt Anstrengungen verschiedenster Magdeburger Gruppen zu bündeln und anstelle der diversen Flugschriften ein regelmäßig erscheinendes Blatt zu erstellen. Wir versprechen uns damit auch nicht zuletzt eine bessere Zusammenarbeit und vor allem mehr Außenwirkung für die einzelnen Projekte in Magdeburg.

Inhaltlich soll DER STÖRENFRIED vorrangig von Beiträgen mit lokalem Bezug gekennzeichnet sein. Wir möchten den verschiedenen selbstorganisierten Initiativen und Gruppen in Magdeburg und Umland eine Plattform zur Selbstdarstellung bieten, lokalen PolitikerInnen verbal auf die Finger klopfen, Veranstaltungen und politische Aktionen ankündigen bzw. rückblickend (kritisch) würdigen, rebellische Traditionen in der hiesigen Vergangenheit aufspüren, aber auch überregionale Ansätze selbstorganisierter Politik, Zeitschriften und Bücher vorstellen. Und – last but not least – möchten wir unser Augenmerk

kulturellen Ereignissen widmen.

Nur eins sollte Bedingung sein: Wir möchten eine unabhängige Berichterstattung abseits jeglicher etablierter Parteien und Verbände betreiben. Wahlpropaganda – für welche Partei auch immer – ist für uns tabu. Dazu gehört auch, dass wir uns weitestgehend selbst finanzieren, damit nicht Abhängigkeiten entstehen, die automatisch zur berühmten „Sche-re im Kopf“, zu Selbstzensur führen. Das heißt dann wahrscheinlich auch, daß wir früher oder später die Zeitung nicht mehr kostenlos verteilen können.

Wir möchten an dieser Stelle nochmal ausdrücklich alle Interessierten Gruppen und Einzelpersonen aufrufen, an diesem Projekt mitzuarbeiten. Ohne Eure Beteiligung – sei es in Form von Artikeln, Leserbriefen, Veranstaltungsankündigungen, sei es finanzieller Art oder bei der Verteilung/Verkauf des Blattes – wird die Zeitung das Schicksal ihrer Vorgängerinnen ereilen.

Liebe Leute, die ihr schon immer eine Zeitung machen wolltet, aber allein nicht zugetraut habt – überlegt Euch doch einmal, ob ihr Euch nicht an diesem Projekt konkret beteiligen wollt. Die Umsetzung ist immer noch offen, wir haben durchaus nicht die Absicht für Euch eine Zeitung zu machen, sondern wollen die Sache gemeinsam mit Euch angehen.

In diese Zeiten brauchen wir eine wirksame kritische Stimme dringender, denn je!

Die HerausgeberInnen

Ihr könnt Euch mit uns per Email oder per Post (Adressen siehe letzte Seite) in Verbindung setzen.

Modern Times!

Das Ende des rheinischen Kapitalismus und seine Fortsetzung

Nichts ist mehr so, wie es einmal war. Nicht nur die sprichwörtlichen Ostalgiker haben scheinbar allen „Grund“, sich wehmütig der seligen Vergangenheit zu erinnern. Auch ihre Brüder und Schwestern aus dem Westen dürfen inzwischen den guten alten Zeiten hinterher trauern. Mittlerweile sollten die meisten ja durchaus mitbekommen haben, daß Sozialabbau und zunehmende Arbeitshetze durchaus keine Maßnahmen des „Gürtelenger-Schnallens“ von nur kurzer Dauer sind. Immense Gewinnchancen und ein dramatisch zunehmender Konkurrenzkampf auf den regionalen wie auf den internationalen Märkten lassen die Kapitalisten, vom Handwerksmeister bis zum Transnationalen Konzern zu immer schärferen Mitteln greifen. Von sklavenartigen Beschäftigungsverhältnissen über Lohndumping, von simpler Bestechung, Marktabsprachen, feindlichen Übernahmen

bis zu immer direkterer Einflußnahme auf die Politik reicht die Palette der Kampfmittel für größere Marktanteile. Selbst vor Kriegseinsätzen zur Durchsetzung von Herrschaftsinteressen wird nicht mehr zurückgeschreckt: Der Kapitalismus entpuppt sich auch hierzulande als das, was er in den meisten Regionen der Welt schon immer war.

Dabei werden heute massiv Grenzen überschritten, die in der historischen Ausnahme-situation der „sozialen Marktwirtschaft“ der 1960/70/80er Jahre in der Regel respektiert wurden. Nicht, daß es in dieser Ära derartige Praktiken nicht gegeben hätte. Allein die Permanenz und die Unverfrorenheit bei der Überschreitung der (eigenen, d.h. ohnehin Kapital-freundlichen) Gesetze überrascht nicht nur so manchen gläubigen Anhänger des „besten aller Systeme“, sondern wohl auch so manchen seiner alten Kritikerinnen und Kritiker.

Mafia-Methoden, die man früher nur aus den Krimis im Fernsehen kannte, gehören inzwischen zum politischen Alltag. Auch wenn die Methoden in Deutschland vielleicht noch nicht ganz so rabiat sind, wie etwa in Italien oder in den mei-



sten Staaten der Dritten Welt, die Ausmaße der Beherrschung der politischen Vertretungsorgane durch regional bedeutsame Betriebe, durch nationale Wirtschaftsverbände und internationale Konzerne dürften mindestens ebenso gewaltig sein.

Nun könnte man ja deswegen annehmen, daß sich immer mehr Menschen gegen diese, ihre Interessen beständig vergewaltigende, Wirtschafts- und Politikmafia zur Wehr setzen. Doch eher das Gegenteil scheint der Fall zu sein. Die meisten Menschen wollen nur noch ihren Arbeitsplatz retten oder einen – koste es, was es wolle – auf dem immer umkämpfteren Arbeitsmarkt ergattern. Die (noch) aktiven Linken hingegen wollen nun den globalen Kapitalismus bändigen, und versuchen zu retten, was weder zu retten, noch erstrebenswert, ist: den Sozialstaat.

So verständlich diese Verhaltensweisen im Kampf um die eigene Existenz – sei es als Beschäftigter, sei es als linker Politik-Aktivist – ist, sie stellen keinen Ausweg aus der heutigen Misere dar. Wir sollten mal einen Moment innehalten und uns fragen, was wir eigentlich zu verlieren haben. Dieses System hat uns nichts anderes zu bieten als endlose Arbeitshetze und Arbeit mit fragwürdigen Inhalten für die einen, soziale Aussonderung für die anderen und obendrein gesellschaftliche Isolierung für alle.

Allein ein solidarischer Zusammenschluß aller Opfer dieses Systems, der Aufbau sozialer Widerstands-Netzwerke ohne Vermittlung von Bonzen und Politikern in den Betrieben, wie in der Nachbarschaft, kann langfristig eine Perspektive jenseits lebenslanger, verblörender Lohnarbeit, politischer Unmündigkeit und emotionaler Leere bieten.

Versuchen sollten wir's doch wenigstens, oder?!

Den Spieß umgedreht...

...hat diesmal ein Liberianer, der am 23.3. in Magdeburg von drei Neonazis in der Straßenbahn angepöbel wurde. Nachdem die Glatzen den Schwarzafrikaner beim Aussteigen mit einer Bierdose beworfen hatten, riß ihm der Geduldsfaden. Er sprang auf und setzte den sich eiligen Schrittes entfernenden Helden nach. Unterwegs solidarisierten sich noch zwei Punks und schlossen sich der Verfolgung an. Mit einer unterwegs gefundenen Eisenstange bearbeitete das Opfer der rassistischen Anmache einen der Nazis, während ein Punk einen weiteren mit einer Gaspistole außer Gefecht setzte. Schließlich nahm die herbeigeilte Polizei alle Beteiligten fest – und tat was? Richtig geraten: sie leitete Ermittlungen gegen den Afrikaner und einen Punk wegen schwerer Körperverletzung ein.

Dabei hatten gerade in Magdeburg sich rosa-rot-grüne Politiker wegen des durch die wiederholten faschistischen Angriffe gegen AusländerInnen und Linke in letzter Zeit beschädigten Rufes der Stadt Sorgen gemacht und die Bürger zu Zivilcourage aufgerufen. Aber damit waren wohl nur Lichterketten gemeint...

Anzeige

Unser **LEBEN** ist der **MORD**
durch **ARBEIT** – wir hängen
60 Jahre lang am **STRICK** und
zappeln. Aber wir werden uns
LOSSCHNEIDEN



[anar'ç'o:zyndi'ka'lismus]
ist ein Messer

DA
DIREKTE AKTION
anarchosyndikalistische Zeitung

PROBEHEFT

Direkte Aktion
c/o DFG-VK
Vogelsbergstr. 17
60316 Frankfurt

Jahrmarkt der Eitelkeiten

Der erste Mai in Magdeburg

Alle Jahre wieder das selbe Spiel: auf dem Rathausplatz findet am „Tag der Arbeit“ der Jahrmarkt der verschiedensten Gewerkschaften, Parteien und Krankenkassen statt. Sie wetteifern im die Gunst der potentiellen Kundschaft, bieten diverse Dienstleistungen, Renten-Broschüren und Wahlkampfversprechungen feil und auf der Tribüne werden ein paar Sprechblasen abgesondert, so aufrüttelnd und spannend wie gehabt in den letzten Jahrzehnten. Die wenigen wortradikalen Forderungen fürs Gemüt erreichen ohnehin die meisten der mit anderen Dingen beschäftigten Versammelten nicht.

Hinzu gesellen sich noch ein paar putzige, mit super-frechen T-Shirts uniformierte DGB-Jugendliche, die den Altersdurchschnitt der Ver-

sammlung der Vorruehständler

auf ein erträgliches Maß senken sollen. Die Klagenformeln

auf der Bühne werden für

nicht ganz so Blickige zu-

sätzlich auf einer Papp-

Klagemauer wiederholt

und alle gemeinsam

versuchen sich mit

Bier und Bratwurst in Lau-

ne zu bringen. Wären da

nicht noch ein paar herum-

schweifende Genossen von

der stalinistischen Fraktion

mit ihren Leuchtturm - äh

- Rote Fahne-Heften,

könnte man meinen,

auf einem ganz nor-

malen Dorf- oder

Begegnungsfest zu

sein.

Die Frage stellt sich nun, was ich denn hier überhaupt verloren habe. All das war zu erwarten, dennoch tragt wohl so mancheR immer wieder hin, in der Hoffnung, daß doch nun langsam mal das Faß überlaufen müßte. Wie anpassungsfähig ist der/die Magdeburger/ in denn eigentlich noch. Eine reale Arbeitslosigkeit von gut und gerne 30% auf der einen Seite, unsichere Jobs mit einer Bezahlung von weit unter und Arbeitszeiten deutlich über dem Tarifniveau auf der anderen Seite müssten eigentlich die Massen zu Tausenden auf die Straßen treiben. Hinzu kommt eine Einheitsfraktion von PolitikerInnen und Gewerkschaftsbürokratie, die nur noch eins kennen - nämlich den gemeinsamen Kampf mit den Unternehmern im ständig beschworenen Standortwettbewerb.

Aber spätestens an dieser Stelle sollten wir auch mal in uns gehen und überlegen, warum wir nicht endlich mal den Anlaß selbst in die Hand nehmen, um ihn endlich wieder mal dafür zu nutzen, wofür er Generationen gedient hat: dem Kampf gegen diese Zustände. Das Unternehmerlager ist uns auf dem Weg zurück ins 19. Jahrhundert vorausgegangen. Nun ist es an uns, ihm zu folgen und uns auf die zugehörigen Traditionen zu besinnen.



Erfolgreicher Protest gegen Schröder und Schulte

Das Gewerkschaftsforum Hannover freut sich über die große Beteiligung an den Protesten gegen Schröder, Schulte und Issen anlässlich der zentralen Kundgebung des DGB zum 1. Mai. Trotz massiver Versuche des DGB jeglichen Protest im Vorfeld zu kriminalisieren und zu verhindern, ließ der lautstarke Protest der Kolleginnen und Kollegen keine Zweifel daran aufkommen, daß der derzeitige Regierungskurs und der Anpassungskurs der Gewerkschaften von der Basis nicht unwidersprochen hingenommen wird. Das undemokratische Verhalten des DGB und das Verbot unseres Info-Standes hinderte hunderte von Teilnehmern nicht daran, sich an der Aktion „Rote Karte für Schröder“ zu beteiligen. Obwohl die Rednertribüne weiträumig abgesperrt war, mußten auch die Damen und Herren auf dem Podium den Unmut der Massen zur Kenntnis nehmen. Der schon fast peinlich offensichtliche Versuch des DGB, der SPD eine Plattform für den Wahlkampf in NRW zu bieten, zeigt das ganze Ausmaß der Unterordnung der Gewerkschaftsspitzen unter die SPD. Gerhard Schröder zeigte schwache Nerven und heisere Stimmbänder. In bester Tradition eines Franz Josef Strauß fiel ihm nichts besseres ein, als die Protestierer als Pfeifenköpfe zu titulieren; für den angeblich versierten Medienmenschen eine schwache rhetorische Vorstellung.

Angesichts einer anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, massivem Sozialabbau, Steuergeschenken für die Reichen und Kürzungen im Bildungsbereich fällt es offenbar auch gutgläubigen SPD-Anhängern schwer den Versprechungen von der Bühne zu glauben. Kein Wunder, da die „Erfolge“ des Bündnisses für Arbeit bislang in Lohnzurückhaltung, Flexibilisierung der Arbeitszeiten zu Lasten der Beschäftigten, einer enormen Arbeitsverdichtung in den Betrieben und Deregulierung auf allen Ebenen bestehen. Schulte und Issen verkündeten heute, daß dieser Kurs uneingeschränkt fortgesetzt werden soll. Die Ankündigung von Gerhard Schröder, diesen Kurs des „sozialen Anstands“ weiter zu wollen, können wir angesichts der bisherigen Politik der Bundesregierung nur als Drohung verstehen. Dagegen werden wir weiterhin entschlossen Widerstand leisten.

Gewerkschaftsforum Hannover, 1. Mai 2000

Daß das durchaus auch geht, bewiesen beispielsweise die KollegInnen vom Gewerkschaftsforum Hannover, die ihre Meinung zu der zur Schröder-Jubelfeier umfunktionierten Mai-Veranstaltung des DGB lautstark zu m

Ausdruck brachten – trotzdem sie von ihren „GenossInnen“ ausgeschlossen werden sollten. Ihre Reaktion auf diesen Versuch, kritische Stimmen der Gewerkschaftsopposition zu zensurieren, haben wir hier dokumentiert.



Schule — Nein danke!

Überarbeitetes und gekürztes Redemanuskript der Veranstaltung "Schule — Nein Danke!?" der Gruppe Z@nk mit Petra Spona vom 26.04.00.

Über nur wenige Dinge gibt es so viele Illusionen und Irrtümer wie über das staatliche Erziehungsprogramm, das der moderne bürgerliche Staat seinen BürgerInnen als Pflicht vorschreibt. Obwohl die beteiligten LehrerInnen und SchülerInnen in der Regel wenig Spaß an der Sache haben und es mit der Verwirklichung des angeblichen Zwecks ("Bildung für alle") eher dünn aussieht, sind sich fast alle im Befund einig: Schule ist nötig, weil Bildung Not tut.

Hierbei sitzt mensch allerdings einer fundamentalen Verwechslung auf. Bildung ist keineswegs der Zweck, sondern in erster Linie das Mittel und erfreuliches bis notwendiges Nebenprodukt des Schulwesens. Dieser Artikel hält sich darum nicht lange damit auf, Bildung als Vorbedingung von Emanzipation in den Himmel zu heben und dann kritisch das selbstgestrickte Ideal mit der rauen Schulwirklichkeit zu vergleichen, um dann mit bedauerndem Kopfschütteln die schlechte Verwirklichung zu rügen. Auch lobt es das staatliche Bildungsprogramm nicht wegen seiner unbestreitbaren volksbildnerischen Erfolge, um dann seine Auslesefunktion als traurige Notwendigkeit oder zu-demokratisierenden-Übelstand davon abzutrennen.

Jede Gesellschaft ist darauf angewiesen, ihren jüngeren Mitgliedern das nötige Funktionswissen mit auf den Weg zu geben. Dazu hat die bürgerliche Gesellschaft die Schule eingerichtet, und somit finden sich in dieser auch die gesellschaftlichen Prinzipien wieder.

Überlebenstraining Schule: Der geheime Lehrplan

Der Geheime Lehrplan ist an sich eine ziemlich öffentliche Angelegenheit. Aber er ist nirgendwo festgelegt sondern struktureller Bestandteil von Schule.

Als Wichtigstes lernen SchülerInnen, die fremde Verfügungsgewalt über ihre Lebenszeit durch andere zu akzeptieren. Das fängt beim Zwang an, pünktlich zu sein, und äußert sich in solchen Absurditäten, dass SchülerInnen, die krank waren, sich entschuldigen müssen, d.h. den Beweis antreten müssen, dass sie tatsächlich nicht da sein konnten. Dahinter steckt aber nicht nur berechtigtes Misstrauen der Institution, die sich über ihre Attraktivität für ihre InsassInnen augenscheinlich keinerlei Illusionen macht, sondern auch die Botschaft: "Deine Zeit gehört nicht Dir". So lernen SchülerInnen das Leben und Arbeiten in Zwangskollektiven, mit denen sie sich identifizieren sollen (Klassengemeinschaft) und bekommen ganz nebenbei vermittelt, dass sie sich die Umstände, unter denen sie leben, nicht aussuchen können. Dazu gehört auch die Akzeptanz, Dinge zu tun, von denen sie nicht wissen, wozu sie gut sein sollen und eine Aufgabe zu erfüllen, ohne lange nach dem Wieso und Warum zu fragen. Beste Vorbereitung also auf das spätere Leben, in dem mensch ohne diese Fähigkeiten noch schlechter auskommt als mit.

Lernen verstehen SchülerInnen dabei als Leistung, als Lerneinheit pro Zeit. Gute SchülerInnen lernen möglichst viel in möglichst wenig Zeit. Der Inhalt ist dafür herzlich egal. Die Kontrolle und Bewertung der eigenen Arbeit durch andere wird selbstverständlich, und die Verlagerung der Kontrolle nach Innen im Interesse des besseren Überlebens im System Schule gehört ebenfalls zu den unbestreitbaren Lernerfolgen. D.h., Herrschaft über sich selbst, Unterdrückung eigener Bedürfnisse und Bewirtschaftung der eigenen Zeit wie sie zum Funktionieren im Kapitalismus unabdingbar sind. Die Schule ist zugleich der erste Kontakt des Nachwuchses mit dem Staat — dass dies in Form eines Zwangsdienstes geschieht, ist dabei nur noch bezeichnend.

Auch das Welt- und Menschenbild wird durch die Schule geprägt. Die Verinnerlichung der Selektion ("Es gibt gute und weniger gute") und des Zwangs ("Ohne Druck läuft nichts") sind durchaus konsequente Verarbeitung schulischer Realität. Dass es Gute und Schlechte gibt, schreibt die Schule locker fest: Wer bei einer Arbeit/Klausur etwas nicht

gewusst hat, kriegt eine Sechs und nicht etwa den fraglichen Sachverhalt noch einmal erklärt. Ausgleichen kann er/sie diese "Schlappe" höchstens beim nächsten Mal. Den SchülerInnen wird so konsequent die Lust zum Lernen ausgetrieben, dass sie in der Regel bei Wegfall der sie überwachenden Autorität den Freiraum für anderes nutzen. Daraus schließen sie: Der Mensch muss zum Guten gezwungen werden; mit Spaß können Lernen und Arbeiten gleich gar nichts zu tun haben. Der Mensch ist dem Mensch ein Faulpelz. Und so bekommen SchülerInnen gleich mit, dass es neben dieser öffentlichen Sphäre, die erst die Schule und später der Betrieb ist, auch eine private Sphäre gibt, wo das Individuum seinen kärglichen Rest Freiheit ausleben kann.

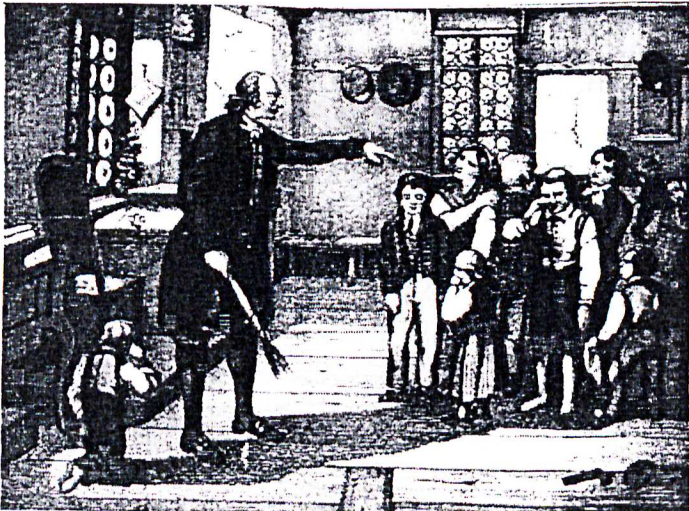
Der krönende Abschluss der Lernentwicklung in der Schule ist dann die Erlaubnis, eigene Ideen und Vorstellungen beizusteuern. Die letzte Frage in Deutsch-Klausuren, "Wie beurteilen Sie die Position des Autors?" oder "Geben sie kurz Ihre Meinung wieder" ist die Aufforderung, sich innerhalb des bereits verinnerlichten gesellschaftlichen Rahmens eine eigene Meinung zu bilden, eigene Konzepte zu entwickeln und sich einen Standpunkt auszusuchen. Bei Leuten, die jetzt noch revolutionäre Gedanken äußern, ist etwas schiefgelaufen: Das Ziel sich am Zwangszusammenhang aktiv und mit Freude zu beteiligen, also mündiger Bürger zu sein, wurde nicht erreicht.

Warum ist das eigentlich so?

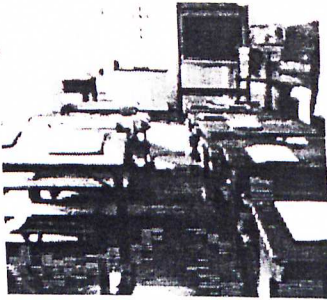
Dass Schule so abläuft ist nicht Zufall, schlechte Organisation oder mangelndes soziales Engagement irgendwelcher SchulleiterInnen, sondern Schule hat schlicht einen Zweck, dem gemäß sich der

Schulalltag strukturiert: Erziehung und Bildung von Kindern und Jugendlichen zu ‚kritischen‘ StaatsbürgerInnen und Vermittlung der derzeit gefragten Fähigkeiten und Kenntnisse, um dem Arbeitsmarkt seinen Nachschub zu organisieren. Dabei reicht es dem Staat vollkommen aus, wenn aus dem Schulsystem ausreichend gut ausgebildete und überzeugte SchülerInnen für eine höherqualifizierte Laufbahn (Beamte, Verwaltung, Management, Wissenschaft usw.) herauskommen, und alle anderen den Rest erledigen. Dafür selektiert die Grundschule schon mal vor, damit Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien und später dann Berufsschule und Uni die Feinheiten erledigen können. So ist Schule eine Institution, die sich auch nur dem gesamtgesellschaftlichen Zweck beugt, nämlich der Produktion von Gewinn, um damit wiederum Gewinn zu produzieren, der dann wieder zu Gewinn gemacht wird usw. An dieser Formulierung lässt sich bereits erkennen, dass es sich um einen Selbstzweck handelt, der keine spezielle Schicht oder Klasse privilegiert sondern alle, egal ob Managerin, Angestellte, Polizist oder Stanzerin, gleichmäßig zum bloßen Mittel für sich macht, die nur andere Aufgaben im Sinne der Erhaltung des ganzen zu tätigen haben.

Dem entsprechend geht es nicht um jeden Einzelnen: Konkurrenz — ob in Schule oder Wirtschaft



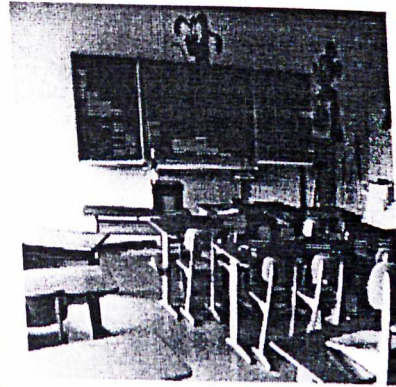
— setzt bereits Gewinnende und Verlierende voraus und damit auch, dass einige auf der Strecke bleiben. Wer Abitur macht, hat die Chance studieren



zu können und dadurch größere Chancen (keineswegs die Sicherheit), einen gut bezahlten Job zu bekommen. Andere haben weniger gute Aussichten am Ende ihrer Schullaufbahn. "Pech gehabt" ist da noch eine harmlose Reaktion, "selber Schuld" die inzwischen übliche, und dann gibt es natürlich auch noch die KritikerInnen, die darauf hinweisen, dass Notengebung Auslese sei und damit Leuten Chancen verbaue. Leider aber greift diese Kritik ins Leere, da sie der Schule vorwirft, dass sie ganz ordentlich und geplant genau das macht, was nun mal ihre Aufgabe ist. Denn wozu braucht die Stanzerin ein Hochschulstudium? Da hat der Staat so einige andere Pläne, deren Finanzierung ihm wichtiger sind.

Der Anspruch vieler Linker, allen eine möglichst hohe Bildung angedeihen zu lassen, wird aber auch dadurch problematisch, dass er so tut, als wäre der Inhalt der Schulfächer neutral. Natürlich ist es gut und sinnvoll, wenn Leute lesen und schreiben lernen, aber darüber geht Schule ja bereits im offiziellen (bindenden!) Lehrplan weit hinaus. So lernt mensch z.B., wie schön es doch sei, dass die Willkürherrschaft der Feudalherren endlich abgeschafft und durch Demokratie und Menschenrecht ersetzt ist — ohne den Begriff der strukturellen Herrschaft auch nur anzudeuten. Man lernt, dass Wahlen toll sind — ohne Debatte darüber, dass über das gesellschaftliche Prinzip, Kapitalismus oder nicht, natürlich nicht abgestimmt wird; und man erfährt, dass über solche Prinzipien zu reden zwar schick, aber nutzlos, weil unpraktikabel ist, denn Marktwirtschaft habe sich

ja als einzige Alternative durchgesetzt — wobei weder geprüft wird, warum das so ist, noch auf die negativen Konsequenzen hingewiesen wird (Reduktion des Einzelnen zum Mittel kapitalistischer Produktion). Und so lernt mensch neben Schreiben und Rechnen auch eine ganze Menge Unsinn, immer leicht abgewandelt je nach LehrerIn, aber alles im üblichen vom Lehrplan vorgegebenen Rahmen. Das sollte zu denken geben, ob die offensichtliche oder versteckte Ausbildung zu überzeugt-kritischen StaatsbürgerInnen wirklich das ist, was noch breiter vermittelt werden sollte. Und für einen anderen Inhalt ist Schule nun mal der falsche Ort, denn damit wir uns nicht vertun: Kritische StaatsbürgerInnen sind die, die Ideen äußern, wie man die Zurichtung der Menschen noch effektiver, und je nach Lage unauffälliger oder aber brutaler gestaltet, d.h. Leute, die sich selbstbewusst dazu hergeben, neue und andere Modelle und Methoden für denselben Scheiß-Brei vorzutragen.



Und um noch ein Wort zu LehrInnen loszuwerden: Da gibt es sicherlich einige, die besonders scheiße sind, aber im allgemeinen sind

sie nicht das Problem, sondern nur eine der notwendigen Vermittlungsinstanzen zwischen der Institution Schule und ihrem Material, den SchülerInnen, und damit sind sie selber Mittel zum Zweck.

Historischer Wandel — Von der Einführung der Schulpflicht....

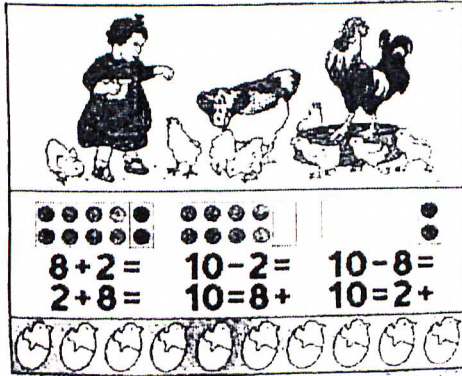
Das Schulwesen mit allgemeiner Schulpflicht wurde 1839 in Preußen auf Betreiben des Generalstabs

der preußischen Armee eingeführt: Es diente zum Schutz der Kinder vor der Kinderarbeit. Nicht weil der Staat den Kindern eine glückliche Kindheit wünschte oder weil die Fürsten und Könige Mitleid mit den armen Würmern hatten, die sich schon mit sechs Jahren in Bergwerken abrackerten, sondern weil 1.) dadurch die Arbeits- und Reproduktionskraft der zukünftigen Generationen gefährdet war und 2.) das männliche Menschenmaterial so nicht militärtauglich war. Zugleich wurde die Schule langsam als allgemeine Sozialisationsinstanz nötig, da die sich entwickelnde bürgerliche Gesellschaft viel höhere Ansprüche an ihre Mitglieder stellte, weil sie komplizierter und arbeitsteiliger war.

...über die Reformen der 60er und 70er

In den 60er Jahren diagnostizierte man nicht nur einen gesteigerten Bedarf an qualifizierten Fachkräften, auch die noch sehr rigide Selektion und Ausbildung zu bloßen BefehlsempfängerInnen waren den Anforderungen nicht mehr angemessen.

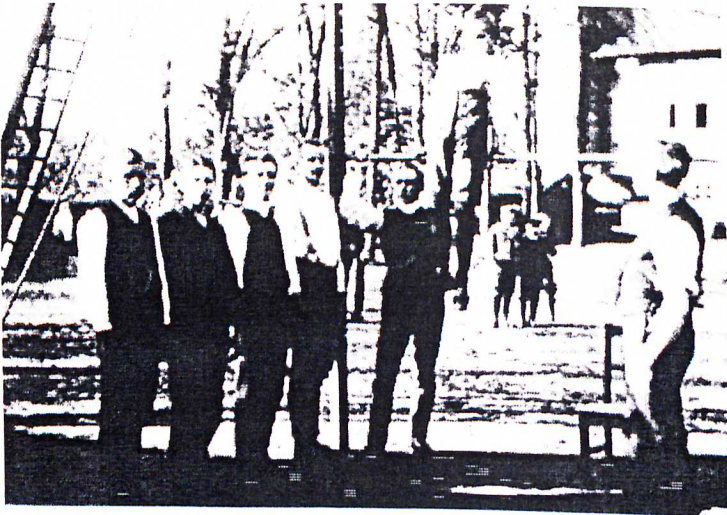
Unter dem Stichwort der "Bildungskatastrophe" begann daher eine Debatte über eine umfassende Bildungsreform. So wurden die ersten Gesamtschulen gegründet, die Lehrpläne ent-rumpelt und modernisiert, Schulbücher überarbeitet, die Schulen und Hochschulen besser ausgestattet, das SchülerInnen-BAFöG und die



Koedukatin eingeführt, die Prügelstrafe abgeschafft und zum Schluss die Neue Gymnasiale Oberstufe mit ihrem Kurssystem verwirklicht.

Die SchülerInnen- und StudentInnenbewegung mag an der Form und Schnelligkeit der Reform, wie auch an der einen oder anderen inhaltlichen Veränderung mitgewirkt haben – ihr deswegen die Bildungsreform als Verdienst zuzuschreiben, ist jedoch schlicht Verklärung. "Chancengleichheit für Arbeiterkinder" ist kein Beitrag zur Überwindung der Klassengesellschaft, sondern sie sorgt nur für ein gleichberechtigtes Klettern auf der Karriereleiter. Sie macht daher Schule schon deshalb nicht zu einem menschlicheren Ort, weil sie Chancen überhaupt, und damit Gewinn und Verlust, schlicht akzeptiert. Das Ziel der 70er Reformen war nicht "Gleiche Bildung für alle" sondern besser qualifizierte Arbeitskräfte für einen expandierendes, erfolgreiches "Modell Deutschland" – mag der Einzelne bei seinem Reformvorschlag auch sonst wie ernst an sein humanes Ziel gedacht haben. Und so wurden denn auch viele Reformen in den 80er Jahren zurückgeschraubt, als das gewünschte Ergebnis erreicht war.





... bis zur Schulautonomie- Debatte der 90er Jahre

Eine neue Anpassungsphase begann Anfang der 90er, nachdem sich die BRD die DDR einverleibt hatte und sparen zum Modewort wurde. So wurden Privatschulen nicht nur aus finanziellen Gründen hoch gelobt, sondern an ihnen auch der qualitative Mangel der Staatsschulen festgemacht, um dann mit dem Schlagwort "Schulautonomie" ein Konzept vorzulegen, dass eine qualitative Steigerung bei gleichzeitiger Kosteneinsparung erzielen soll: Schulen sollen als selbständige Wirtschaftseinheiten in Konkurrenz zueinander treten. Jede Schule erhält ein fixes Budget, über dessen Verteilung sie selbst innerhalb eines vorgegebenen Rahmens entscheidet, wobei sie das Budget durch Sponsoring oder Dienstleistungsangebote an den Markt aufbessern kann. So läuft die Debatte seit 1992 mit immer wieder leichten Abwandlungen des Konzepts unter Beibehaltung des grundsätzlichen Prinzips. Je nach politischer Couleur z.B. soll es auch vermehrt um Demokratisierung innerhalb der Schule, paritätische Mitbestimmung von Eltern, LehrerInnen, SchülerInnen usw. gehen.

Eine Kritik an der Autonomen Schule, die immer wieder zu lesen ist, ist die, dass sich der Staat aus

seiner (sozialen) Verantwortung ziehe. Schön wär's, könnte man diesen raushalten, dem ist aber nicht so. Solange dasjenige, was er politisch für relevant hält, auch in privatisierter Form funktioniert (auch freie Schulen sind bekanntlich nicht ungebunden von staatlichen Vorgaben), kann er diese Aufgabe gestrost abgeben — was z.B. mit der Privatisierung der

Post zur Telekom passiert ist. Funktioniert es nicht, wird er es wieder selber machen, und was funktionieren heißt oder nicht, bestimmt er!

Demokratisierte Autonome Schule — endlich eine Alternative?

Besonders herausragend aber ist die Kritik der mangelnden Beteiligung der SchülerInnen, die sich dann in der Forderung nach Demokratisierung der Schule niederschlägt. Diese Kritik setzt implizit voraus, dass die ausgemachten Probleme daher rühren, dass bisher Leute falsch und unsozial entschieden haben und dass sogenannte Betroffene schon wie automatisch die bessere und humanere Wahl treffen werden.

Leider gilt aber auch bei Demokratisierungsforderungen: Was gut gemeint ist, ist noch lange nicht gut! Verkannt wird nämlich, dass Demokratie bereits durch die gesellschaftlichen Verhältnisse vorstrukturiert ist. d.h. Grundlagen beinhaltet, die die Detailfragen erst so ermöglichen. So setzt die Wahl zwischen der Finanzierbarkeit eines PCs oder der Einstellung eines Lehrers bereits einen begrenzten Finanzrahmen voraus, genauso

wie es für eine bürgerliche Gesellschaft tatsächlich unsinnig wäre, wenn SchülerInnen die Philosophiegeschichte kennen, aber nicht wissen, was Polizei, Bundesgerichtshof und Arbeitsamt sind, so dass das Fächerangebot schon Sinn macht. Und diese Voraussetzungen sind nun leider nicht per paritätischer Abstimmung aus dem Weg zu räumen, sondern nur per Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch ein entschlossenes Kollektiv.

So ist es denn auch egal, ob Schulleitung, SV oder gar eine SchülerInnenversammlung entscheiden, dies ändert am Zweck von Schule gar nichts. Und wer glaubt, dass sogenannte Betroffene schon wie automatisch die bessere und humanere Wahl treffen werden, sollte sich z.B. mal einen Betrieb ansehen, in dem ArbeitgeberIn und LohnarbeiterIn in einer Person / Gruppe vereint ist. So z.B. der Familienbetrieb, der an Selbstaussbeutung inklusive Kinderarbeit alle Zeitungsskandale über Knebelverträge, Verstöße gegen die Arbeitszeitordnung oder Vernachlässigung des Gesundheitsschutzes am Arbeitsplatz in den Schatten stellt. Es ist schon erstaunlich, zu welcher Selbstaussbeutung Personen in solcher Lage fähig sind. Ähnliches kann durch Demokratisierung in der Schule Realität werden: Natürlich haben die meisten SchülerInnen das Interesse, eine möglichst angenehme Schulzeit zu verbringen, sie haben aber auch eine Zukunft vor Augen, in der sie nicht mehr von den Eltern finanziert werden und wissen daher meist recht genau, was sie in der Schule an Voraussetzungen zu lernen haben, wozu sie ja nun mal auch da ist.

So wird eine demokratisierte Schule (also eine selbstbestimmte Fremdbestimmung) fördern, dass SchülerInnen sich effektiver selbst zu ordentlichen Mitteln der Produktion heranbilden, sich noch früher und definitiver der Selbstdisziplinierung und Anpassung unterwerfen — und zwar aktiv teilnehmend anstatt passiv erdulend. Denn wer in einer demokratisierten Schule bei seiner Entscheidung vergessen würde, was für die Zukunft auf dem Spiel steht, würde recht schnell von seinen MitschülerInnen eines besseren belehrt werden. Bekommt man die Entscheidung vorgesetzt, beinhaltet dies wenigstens noch eine höhere Wahrscheinlichkeit auf Distanz dazu und damit besse-

re Voraussetzungen zu kritischer Reflexion, während durch Demokratisierung tendenziell die Identifikation mit dem Prinzip steigt, da man es ständig aktiv in Entscheidungen einbeziehen muss. Dies hat auch nichts mit kritisierbarer Schwäche von Leuten zu tun, sondern damit, dass der gesellschaftliche Selbstzweck stärker ist als die einzelnen Personen, da letztere nur abhängige Variablen des ersteren sind.

Und so schützt Demokratie keine abgelehnte Asylbewerberin vor der Abschiebung, hindert aber genügend Menschen an der doppelten Staatsbürgerschaft: Bei der CDU-Unterschriftenaktion nämlich hat Mitbestimmung stattgefunden, fast schon im Sinne einer Volksabstimmung, und so beschissen ist es eben auch verlaufen, weil die Leute nun mal nichts Besseres im Hirn haben. So sollten sich diejenigen, die Kapitalismus berechtigterweise kritisieren, mal überlegen, ob sie die Zeit, die sie zugunsten von Demokratieforderungen aufbringen, nicht besser direkt dazu nutzen, inhaltliche Forderungen und Kritik zu formulieren. Denn eines ist zumindest klar: Lässt sich auch im Vorhinein nicht sagen, ob Demokratisierung in der gewünschten progressiven Form verläuft oder in der von mir skizzierten negativen, so würde in jedem Falle bei Tendenzen zu ersterem die Mitwirkung mit der nächsten Schulgesetzreform eingeschränkt oder abgeschafft werden. Ganz demokratisch, per Abstimmung im Parlament.

Aktivitäten für einen erträglicheren Schulalltag, gegen sexistische und rassistische LehrerInnen oder die Erstellung einer SchülerInnenzeitung zum Informationsaustausch oder gar Diskussion — das alles sollte mensch in der Schule tun, allerdings ohne es zu revolutionären Taten zu verklären. Wer aber kontinuierlich und ohne ständige Konfrontation was Vernünftiges lernen will, sollte das außerhalb tun: Bevor sich die Nötigung, zum angepassten bürgerlichen Subjekt zu werden, durchsetzt, sollte mensch sich mit Leuten zusammmentun, die ähnliche Kritik haben, um dann gemeinsam etwas über die Welt herauszufinden. Der Gipfel wäre dann, diese Einsichten weiterzutragen, zu agitieren, in der Hoffnung, dass sich dann eine Mehrheit endlich mal für etwas Besseres entscheidet.

Petra Spona (Junge Linke)

Ian Kevin Curtis

ATMOSPHERE

Walk - in silence
 Don't walk away - in silence
 See the danger - always danger
 Endless talking - life rebuilding
 Don't walk away

Walk - in silence
 Don't turn away - in silence
 Your confusion - my illusion
 Worn like a mask
 of self-hate
 Confronts and then dies
 Don't walk away

People like you - find it easy
 Aching to see - walking on air
 Hunting by the rivers, through the streets
 every corner abandoned too soon
 Set down with due care
 don't walk away - in silence
 Don't walk away

»Jetzt, in diesem Moment, wünschte ich, ich wäre tot. (...) Ich kann das alles einfach nicht mehr aushalten.«

Mit diesen Zeilen verabschiedete sich der damals 23jährige Ian Curtis, der schon in seiner Schulzeit davon schwärmte, jung zu sterben. Aufgewachsen in einem Vorort von Manchester namens Macclesfield, erlebte er das trostlose Flecken Mittelengland, das verächtlich „Black Country“ genannt wurde. Als Sohn eines Polizeibeamten schritt er kleinbürgerlich durch das Leben. Er heiratete mit 19 und war im Staatsdienst tätig. Nur seine Liebe zur Musik half ihn, aus dieser Enge auszubrechen. Inspiriert von *The Velvet Underground* und dessen Sänger *Lou Reed* sowie von *David Bowie* und *Iggy Pop* schrieb er eigene Texte, die sich mit der totalen menschlichen Ent-

fremdung auseinandersetzen. Poetisch und metaphorisch flossen die Nachwehen aus der spätvictorianischen Zeit, die sich noch heute in Massenarbeitslosigkeit, Lebensüberdruß, Armut, sowie Alkohol- und Drogenkonsum in England äußern, in Curtis' Kompositionen ein. Untermauert wurden seine Texte durch das metallisch düstere Klangwerk der britischen Post-Punk/New-Wave Band *Joy Division*, als dessen charismatischer Sänger Ian Curtis zur Legende werden sollte.

Mit seinem Freitod am 18. Mai 1980, zwei Tage vor der geplanten US-Tournee der Band, realisierte er seinen morbiden Wunsch jung zu sterben. Bestärkt zu diesen Schritt haben ihn auch seine Epilepsie und die damit verbundenen Depressionen sowie seine gescheiterte Ehe.

***15. Juli 1956
 †18. Mai 1980**



JOY DIVISION 1977 - 1980



Stephen Morris (Drums)
Peter Hook (Bass)
Ian Curtis (Vocals, Guitar)
Bernhard Sumner (Guitar, Synthesizer)

»Mögen Joy Division in ihrer Anfangszeit noch so kläglich und anmaßend aufgetreten sein, jetzt skizzieren sie gnadenlos die Eintönigkeit des industriellen Alltags.«

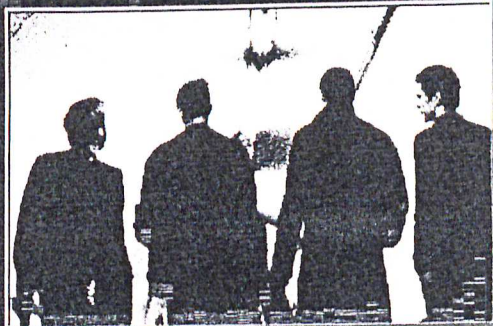
(New Musical Express, 16. Mai 1979)

Joy Division (JD) formierte sich in Manchester aus der von Hook, Sumner und Terry Mason 1976 gegründeten Punkband *Stiff Kittens*. Zu jener Zeit hatten sie weder Instrumente noch Ahnung wie man sie spielt. Ebenfalls fehlte ihnen ein Sänger, der aber wenig später mit Ian Curtis gefunden wurde. Bevor sich die Band den Namen Joy Division zulegte, nannten sie sich *Warsaw*.

Politisch provokante Bandnamen, die Bezug zur NS-Diktatur hatten, waren in dieser Zeit angesagt. Der Name Joy Division stammt aus dem Buch »A House Of Dolls«, in dem die Geschichte einer Frau erzählt wird, die in einer »Freundendivision« im Konzentrationslager Auschwitz zum sexuellen Vergnügen der SS-Offiziere gehalten wurde.

Wohl keine andere Band vermochte einen solchen Einfluss auf die Musikszene Englands der Jahre 1976 und 1977 zu nehmen wie die *Sex Pistols*. Sie zeigten allen, dass wirklich jeder Musik machen kann. Ebenso sahen die Bandmitglieder von JD, die von den *Sex Pistols* fasziniert waren, ihre musikalische Zukunft im Punk. Der Einbau des Synthesizers in ihrer Musik kam daher nicht in Frage. Nur widerwillig spielten sie 1978 in ihren Liedern den synthetischen Sound ein. Eben diese Kombination, die Aggressivität des Punks, gepaart mit der düsteren Klangkulisse der Brasssektion des Synthesizers, die an verfallende Fabrikhallen und einsame Landschaften erinnern lassen, und Curtis' eindringlicher Gesang ließen JD in ihrer nur dreijährigen Bestehenszeit zur wichtigsten Kultband Englands neben den *Sex Pistols* avancieren.

Songs wie *Love will tear us apart*, *Atmosphere* oder *Heart and Soul* unterstrichen das Avantgarde dieser britischen Band, die nicht nur die Musikszene Manchesters von *The Smiths* bis *The Chemical Brothers* nachhaltig geprägt hat, sondern auch Inspirationsquelle für ungezählte Bands (*Nine Inch Nails*, *Moby*, *Therapy?* u.v.a.) war. JD war mehr als eine Rockband. Sie reflektierte mit ihrer Musik, ob sie es wollte oder nicht, die sozialen Probleme ihrer Heimatstadt Manchester. Auf der Tonspur ihres ersten Videos befindet sich die Rede des Polizeichefs von Manchester, in der er die Einrichtung von Arbeitslagern für die vielen Arbeitslosen der Stadt fordert. Seinem Anliegen schlossen sich gebrüllte Nazi-Parolen deutscher SS-Leute an. Heute ist Manchester Musik Metropole, ein Fakt, dem die Stadt u.a. JD und dem ehemaligen Label *Factory* zu verdanken hat. Nach dem Freitod von Ian Curtis machten die verbliebenden Bandmitglieder unter dem Namen *New Order* weiter Musik bis heute.



Kubatours

Reiseimpressionen von der letzten Insel im Meer des Kapitalismus

Als wir im letzten März die hiesige feucht-kühle Witterung nicht mehr aushielten, setzten wir uns kurzerhand nach dem sonnigen Kuba ab. Ziel unserer Reise war Havanna, wo wir eine Adresse ansteuerten, die wir von einer Magdeburger Bekannten erhalten hatten. Neben dem besseren Klima galt unser Interesse vor allem aber der derzeitigen gesellschaftlichen Situation in diesem von vielen als letzten Hort des Sozialismus angesehenen Landes. Mißtrauisch geworden wegen der unterschiedlichen, teilweise konträren Erzählungen über die dortige Lage, wollten wir uns selbst ein Bild verschaffen.

Wenn man nach Kuba kommt, fällt einem zuerst die große Lebensfreude und Herzlichkeit gegenüber Fremden auf. Die KubanerInnen brauchen nur einen Fetzen Musik zu hören und schon bewegen sie – nicht nur – ihre Beine sofort im Tanz-Rhythmus, egal ob sie grade beim Stadtbummel oder bei der Arbeit sind. Zudem kann man sich in Havanna als Ausländer kaum ein paar Meter bewegen, ohne

daß man von Einheimischen angesprochen wird. Zunächst versuchen natürlich viele, auf irgendeine (meist sehr aufdringliche) Art und Weise an die begehrten Dollars zu gelangen. Ständig werden Zigarren, Taxis oder Speisen in einem der zahlreichen Privatrestaurants angeboten.

Läßt man sich dadurch aber nicht von jeglichen Kontakten abschrecken, kann man so manches interessante Gespräch führen und sich ein umfassenderes Bild von der Lage im Lande machen. Die Resonanz der Gespräche – die wir u.a. auch auf verschiedenen privaten Parties geführt hatten – war durchaus unterschiedlich. Während bei den Älteren oft noch der Wille zum Durchhalten und sozialistische Ideale zu spüren waren, kann das von den Jüngeren nach unseren Erfahrungen überhaupt nicht behauptet werden. Die absolute Mehrzahl derjenigen, die wir gesprochen haben, hatte nur ein Ziel: Raus aus Kuba. Egal wie sie zum Sozialismus oder Fidel standen, (Über-)Lebenschancen sahen sie für sich selbst in Kuba kaum.

Die ökonomische Situation ist derzeit



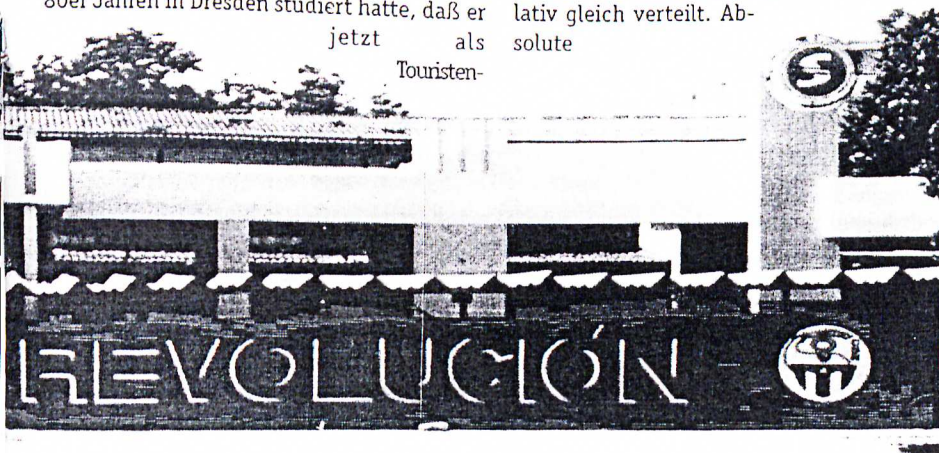
ziemlich bescheiden. Obwohl der Tiefpunkt der Krise nach dem Wegfall nahezu sämtlicher Handelspartner aus dem Ostblock schon durchlitten ist und die Wirtschaft seit 1996 wieder ein positives Wachstum zu verzeichnen hat, kann man in den Peso-Läden so gut wie nichts kaufen. Lediglich die wichtigsten Grundnahrungsmittel wie Brot, Reis, Bohnen, Zucker, Eier ... kann man mit Libretas (Bezugscheinen) zu erschwinglichen Preisen kaufen. Nahezu alle anderen Produkte kann man nur entweder auf den freien Märkten zu extrem hohen Preisen oder in den zahlreichen Dollar-Läden erwerben. Aber auch die dortigen Preise sind hoch, sie liegen - verglichen mit Deutschland - schätzungsweise auf dem doppelten Niveau. Wie man damit bei einem durchschnittlichen Einkommen von umgerechnet 15-25 US-Dollar im Monat leben kann, bleibt ein Rätsel. Noch scheinen alte Ersparnisse und oft illegale Nebenverdienste viele über Wasser zu halten. Privilegiert sind da diejenigen, die entweder Überweisungen von Verwandten aus Miami erhalten oder einen Job in der Tourismus-Branche haben. So berichtete ein Ingenieur für Automatisierungstechnik, der in den 80er Jahren in Dresden studiert hatte, daß er

jetzt als
Touristen-

führer für das staatliche Reisebüro arbeitet. Sein Gehalt ist dort zwar auch nicht höher als in seinem alten Unternehmen, jedoch erhält er an guten Tagen schon mal ein zusätzliches Monatseinkommen als Trinkgeld.

So setzen viele auf die „steinreichen“ Exil-Kubaner, die nach der hoffentlich baldigen Wende den Wohlstand nach Kuba bringen werden. Die Argumentationen erinnerten sehr an die vieler Menschen hierzulande um 1989/90. Nach einer kurzen Durststrecke werde es für Kuba aufwärts gehen, wenn endlich wieder private Initiative erlaubt ist und Kapital aus den USA fließt. Versuche, ihre Euphorie zu dämpfen, waren kaum von Erfolg gekrönt. Dem Verweis, daß es heute der Mehrzahl der Menschen in den ehemaligen Ostblockstaaten eher schlechter als besser gehe und das heutige Durchschnittseinkommen eines Bulgaren auch kaum höher als das einer Kubanerin ist, wurden bestenfalls mit ungläubigem Staunen quittiert.

Insgesamt ist aber zu bemerken, daß nach unserer Einschätzung das Ausmaß an Armut in Havanna nicht größer ist als beispielsweise in Mexiko. Nur ist in Kuba die Armut (noch) relativ gleich verteilt. Absolute



Verelendung wie in Mexiko ist uns in Havanna nicht begegnet. Ebenso gab es im Straßensbild kaum Bettler, was aber auch an den zahlreichen Polizisten liegen kann, die jeden Versuch des Bettelns sofort unterbanden. Wie das in anderen Landesteilen aussieht, vermögen wir nicht zu beurteilen. Aber die Polarisierung hat mit der notgedrungenen Einführung verschiedener kapitalistischer Elemente (wie ‚freie‘ Märkte, Joint-Ventures mit ausländischen Unternehmen, Einführung des Dollar als legalem Zahlungsmittel etc.) sowie dem massiven Ausbau der Tourismus-Industrie schon begonnen. Auch stehen bestimmte soziale Errungenschaften – wie das für lateinamerikanische Verhältnisse vorbildliche Gesundheitssystem – auf dem Spiel, da die Kubaner zwar Anspruch auf eine kostenlose Versorgung haben, die Medikamente aber oft nur gegen Dollar erhältlich sind. (Auch hatten wir die Gelegenheit zur Besichtigung eines Krankenhauses, daß von der Ausstattung her so etwa auf unterstem DDR-Niveau anzusiedeln wäre.)

Zusätzlich zur ökonomischen Misere kommt aber noch die politische. Fidel scheint kaum was aus den Fehlern in anderen Ostblockstaaten gelernt zu haben. So könnte das Neue Deutschland von vor '89 – verglichen mit der heutigen Granma, der KP-Zeitung in Kuba – glattweg als liberales Blatt durchgehen. Gleiches gilt fürs Fernsehen, das die Zuschauer mit ellenlangen Übertragungen von irgendwelchen Kongressen beglückt, auf denen eine kämpferische Rede nach der anderen verlesen und abschließend mit den immergleichen Parolen á la „DDR – unser Vaterland!“ gefeiert wird. Und bei mancher Wandzeitung fühlten wir uns peinlich an unsere eigene Vergangenheit als FDJ-Wandzeitungsredakteure erinnert – lustig war nur die zum Frauentag, wo unter den üblichen Parolen ein paar Fotos von Frau-

en in einem Fitneßstudio angehängt waren. Lediglich die Reisefreiheit, die jedem erwachsenen Kubaner gewährt wird, hebt sich positiv von der DDR ab – wenn auch meistens nur theoretisch. Denn jeder der aus dem Land will, muß – neben dem Erwerb eines für die meisten ohnehin schon unerschwinglichen Flugtickets – noch eine bürokratische Prozedur durchlaufen, die durchaus die Schikanen auf einem deutschen Sozialamt in den Schatten stellt, mit einem Unterschied – jede Formalität kostet einen Haufen Geld, so daß insgesamt noch mal gut und gerne 500 US-Dollar fällig werden.

Auch vollzieht sich, wie eine kubanische ML-Professorin in der Jungen Welt vom 19.4.00 berichtet, derzeit wohl ein Wandel in der offiziellen Ideologie – weg vom Marxismus, hin zu nationalen und lateinamerikanischen Befreiungstheorien.

Viele Kubaner werfen dann auch Fidel vor, daß er sich mit seinen außenpolitischen Initiativen und seiner Solidarität mit anderen Staaten der dritten Welt nur noch ein Denkmal setzen will, dabei aber die Leute im eigenen Land völlig vergißt. Zudem ist der Personenkult um Fidel, der sich als größter Führer (líder maximo) betiteln läßt, durchaus dem um seine Ex-Kollegen in den Ostblockländern ebenbürtig und wird nur noch von der Ché-Ikonisierung übertroffen. Wobei letzterer durchaus inzwischen zum Volksheiligen geworden ist, der auch von eher Sozialismus-Skeptischen im Lande verehrt wird. Sich über Ché in Kuba lustig zu machen, läuft ungefähr auf dasselbe hinaus, wie in Bayern über Christus zu lästern.

Einzig der Fall Elián, eines in den USA festgehaltenen Jungen, dessen Mutter bei der Flucht aus Kuba ertrunken ist und der nun von seinem in Kuba verbliebenen Vater zurückgefordert wird, stellt sich als ein Thema heraus,

das wohl so ziemlich alle KubanerInnen hinter Fidel vereint. Dieser weiß das natürlich zu nutzen, in ganz Havanna sind die Plakatwände mit der Forderung nach Rückkehr Eliáns präsent, das Thema nimmt einen zentralen Platz in der täglichen Berichterstattung in allen Medien ein und desöfteren gibt es Großkundgebungen für die Freilassung Eliáns. Viele sehen darin eine Bestätigung der offiziellen Propaganda vom Erzfeind USA. Alles in Allem dürfte dieser Schuß wohl für die „Mafia von Miami“ (Granma) nach hinten losgegangen sein.

Bei aller Kritik sollte man aber auch nicht vergessen, daß die Situation in den lateinamerikanischen Nachbarländern auch alles andere als rosig aussieht. So ist beispielsweise in Mexiko weder die ökonomische, noch die politische Situation für die meisten Menschen besser als in Kuba. Die Gefahr für politische Aktivisten, ihre Gesundheit auf's Spiel zu setzen oder gar ihr Leben zu verlieren, dürfte in Mexiko wesentlich größer sein.

Die Frage bleibt, was hat Kuba für Alternativen? Das System in Kuba kritisiert - jedoch mit einer nicht-kapitalistischen Perspektive im Blick - z.B. der kubanische Sozialwissenschaftler und Kommunist Haraldo Dilla - und wurde prompt mit einem Parteiaus-schlußverfahren konfrontiert. Er problematisiert die sich in Kuba vollziehende Herausbildung eines neuen „technokratisch-unternehmerischen Blocks“ aus Parteifunktionären, Wirtschaftsdirketoren und Gewinnern aus der Schattenwirtschaft, der schon heute einen Großteil der gesellschaftlichen Vermögens besitzt. (So befanden sich nach Berichten der kubanischen Nationalbank beispielsweise 1996 auf 2,7% der Konten 43,8% bzw. auf 12,7% der Konten rund 85% aller Ersparnisse.) Auf der anderen Seite benötigt eine durchschnittliche Familie (2 VerdiennerInnen,

2 Kinder) etwas das doppelte von ihrem Verdienst für den Konsum von Grundnahrungsmitteln und Gütern/Dienstleistungen des täglichen Bedarfs.

Dilla sieht die einzige Chance Kubas als „Bestandteil eines sich entwickelnden antikapitalistischen Projekts“ auf internationaler Ebene. Voraussetzung dafür ist aber die Wahrung der sozialen Ausgewogenheit und die Stärkung der Autonomie und Hegemonie des Volkes in Kuba, die allein gewährleisten kann, daß die unumgängliche Integration in den Weltmarkt nicht zu einer faktischen Aushöhlung der politischen Rechte und Möglichkeiten der Masse der KubanerInnen führt. Er setzt dabei auf basisdemokratische Selbstverwaltung der Kommunen, Gewerkschaften usw., und die Demokratisierung der kommunistischen Partei selbst, was dazu führen soll, daß die Bevölkerung nicht schutzlos der neuen inländischen und ausländischen Unternehmerklasse gegenübersteht.

Inwieweit die Umsetzung solcher Überlegungen angesichts der verkücherten Parteigremien und der sich ausbreitenden Polarisierung in der Gesellschaft auf der einen Seite sowie der Zwänge des Weltmarktes auf der anderen Seite realistisch sind, bleibt abzuwarten. Aber andere lebenswerte Perspektiven für die Masse der KubanerInnen sind auch nicht in Sicht. Ansonsten scheint eher ein chinesisches Szenario der schrittweisen Umwandlung hin zu frühkapitalistischen Zuständen wahrscheinlich.

Die Überlegungen Dillas sind in dem Artikel „Genossen und Investoren“ in der Zeitschrift Prokla Nr. 117 vom Dezember 1999 nachzulesen. (Die Zeitschrift ist beispielsweise in der Bibliothek der Sozialwissenschaften der Uni einsehbar.)

EXPO 2000

Der Vergnügungspark der Konzerne wird zum Sarg der Moderne

Seit jeher stellen die führenden Großkonzerne und die Politik auf Weltausstellungen ihre Perspektiven auf Geschichte, Gegenwart und Zukunft dem Besucher dar. Hatten die ersten Ausstellungen vorrangig die Aufgabe technischen Fortschritt und neue Produkte vorzustellen, muß die EXPO 2000 über die reine industriell - technische Leistungsschau hinausgehen. Sie braucht zu ihrer Akzeptanz ein höheres Ziel und weitgesteckte Aufgaben, da die großen und zahlreichen Fachmessen seit langem die Präsentation und Vermarktung technischem Know-How übernommen haben. "Die Aufgabe von Weltausstellungen" so schreibt denn die EXPO-Leiterin Birgit Breuel, "besteht darin, neue Fragen des zivilisatorischen Wandels aufzugreifen, die Veränderungen des Denkens, der Werte, der sozialen Strukturen, die (...) alle Gesellschaften - die der Industrienationen und die sich entwickelnden Nationen - erfaßt hat, deutlich zu machen, sowie neue Zukunftskonzepte vorzustellen." Das Leitthema der EXPO: "Mensch-Natur-Technik" orientiert sich am gängigen Umweltdiskurs im Anschluß an die UN-Konferenz von Rio 1992 und den Beschluß der Agenda 21. In diesem Aktionsprogramm verständigte sich die internationale Staatengemeinschaft auf das Leitbild der "nachhaltigen Entwicklung". Das heißt im offiziellen Sprachgebrauch: Ressourcen der Erde sollen künftig so behutsam bewirtschaftet werden, daß zukünftigen Generationen noch eine Lebensgrundlage erhalten werden kann. Die Leitformeln der EXPO sind somit Nachhaltigkeit und Partizipation. Das diese Leitmaximen nichts als hohle Phrasen sind, womit sich gut einlullen läßt und politisch - ökonomische Probleme auch ganz gut verlagert werden können, wenn bspw. der/die "kleine Mann/Frau" unter dem Label "Meine Agenda 21" zum Energiesparen mittels Energiesparlampen und Klebeband zur Wärmedämmung aufgefordert werden oder das mensch doch einfach mal umsteigen solle, vom Auto nämlich in Bus, Bahn und auf das Fahrrad, stört im offiziellen Mainstream nicht. Auch werden mit diesem Programm weder die alt-

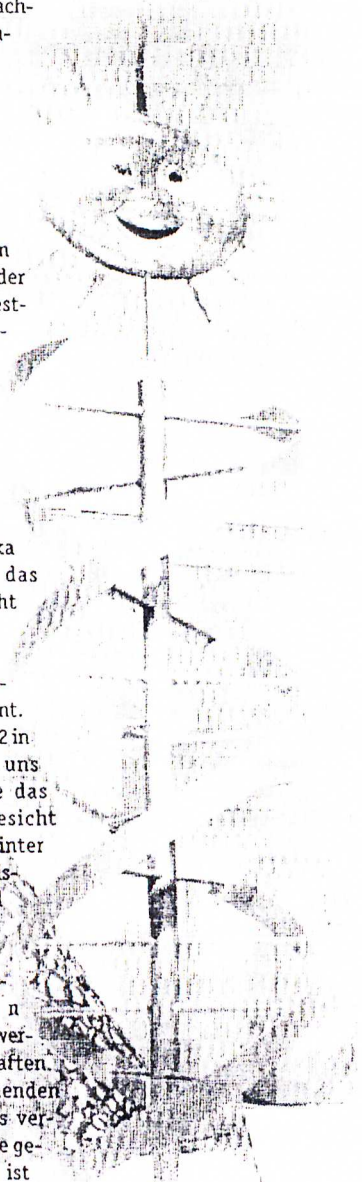
bekanntesten Großtechnologien Atomenergie, Gentechnik, Chemieindustrie, KFZ-Mobilität und Informationstechnik hinterfragt, noch angemessen auf die daraus resultierenden Ängste und Unsicherheiten reagiert. Mehr noch, diese Technologien werden gefeiert und als notwendig für den Fortschritt betont. Ja es wird suggeriert: mit Hilfe der technologischen Entwicklung sind alle gegenwärtigen Probleme lösbar, man demonstriert Allmacht und globale Problemlösungskompetenz der Metropolen des Nordens. Zwar heißt es in den öffentlichen Verlautbarungen zur EXPO, daß man "erstmal die Technik selbst zur Disposition" stellen werde, wie für den Besucher in den verschiedenen Bereichen des Themenparks aber sofort ersichtlich wird, kann davon überhaupt nicht die Rede sein

Diese Feier einer positiven Fortschrittsentwicklung mit der Technik als Basis hat auf den Weltausstellungen Tradition. 1851 wurde in London die Industrialisierung der Manufaktur zelebriert. Man zeigte Lokomotiven, Mähmaschinen, etc. präsentiert im Kristallpalast, der weitgehend aus vorgefertigten und standardisierten Bauteilen zusammengesetzt wurde. Er wurde so zum Vorbild zahlreicher Glasbauten in aller Welt. Zahlreiche Erfindungen wurden ausgestellt und vermarktet: das erste Telefon (1876 in Philadelphia), der erste Phonograph (1893 in Chicago), die erste Elektrolok (1900 in Paris), aber auch Kriegsgerät wie z.B. die "Dicke Berta", eine von Krupp gebaute Kanone (1867 in Paris).

Um Angst und Schrecken gegenüber den neuen Technologien zu nehmen und deren Beherrschbarkeit zu demonstrieren, schuf man 1958 in Brüssel ein Sinnbild dafür. Das Atomium, als begehbares Abbild, mit Liften, Restaurants und Kinos zum Relaxen demonstrierte: Atomtechnologie sei friedlich nutzbar und auch bezwingbar. Das soll auch sinnlich erfahrbar werden. Die "Erlebniswelt" sollte das nach dem mörderischen Einsatz der Atombomben von Hiroshima und Nagasaki beweisen und gleichzeitig als nukleare Drohung gegen die So-

wjetunion fungieren, welche ihrerseits ihren technologischen Vorsprung durch das Exponat des ersten Satelliten im Weltall demonstrierte. Infolge der nuklearen "Zwischenfälle" der letzten Jahrzehnte und ihren Folgen, wie dem Reaktorunfall in Harrisburg, der Explosion des Raumtransporters Challenger, schließlich der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ist bestätigt, was nach dem Dioxin-Unfall von Seveso vielleicht nur vermutet wurde: es gibt keine 100 prozentige Sicherheit technischer Systeme, nukleare und chemische Großunfälle sind jederzeit möglich. Diese wurden bislang von den Experten unter "Restrisiko" subsumiert und auch von der Öffentlichkeit so wahrgenommen. Durch die Anti-Atom-Bewegung wurde dieses Bild jedoch tiefgreifend korrigiert. Dadurch hat auch das Atomium einen derart schlechten Ruf erworben, so daß ernsthaft überlegt wurde, es abzureißen. Konzeptionelle Richtschnur und Leittechnologie der ersten Stunde in Hannover ist die Gentechnologie. Diese, dargestellt als überdimensionierte DNS-Spirale, sollte die gesamte Ausstellung überragen. Mit allen Sinnen sollte Gentechnik so erfahrbar und mögliche Auswirkungen dieser neuen Biotechnologie (bspw. Bevölkerungskontrolle durch differenzierte Selektion) verschleiert werden. Da diese "Utopie" erheblichen Unmut verursacht hat, gab man diese Selbstinszenierung auf. Das Leitbild ist nichts desto trotz geblieben. Technische Lösungen werden in allen Bereichen des Themenparks präsentiert. Um die Besucher im Glauben an Fortschritt durch Technologie und der allgemeinen Machbarkeit und Allmächtigkeit anzupassen und etwaige Technikfeindlichkeit und begründete Skepsis zu überwinden, werden die gängigen Leittechnologien als ästhetische Inszenierung und Massenspektakel mit Anlehnung an eine Comic-World präsentiert. Die Besucher sollen dabei informiert und unterhalten werden, "unmittelbare Erlebnisse" geliefert werden, wie es so schön in den Hochglanzbroschüren der EXPO heißt. Dabei geht es lehrreich-sinnlich bspw. durch die Welt des Essens, inklusive Algensuppe und Heuschrecken, dann abenteuerlich in den Weltraum oder in das Innere eines elektronischen Netzwerkes und zwischendurch in die Entspannungsstühle, um an einem virtuel-

len See mit akustischer Untermalung eine Pause "zum Nachdenken" einzulegen. "Die Lösungen (der Probleme d.V.)", so Breuel, "sollen sich als Bilder in den Köpfen der Menschen festsetzen." Dieses Konzept von Hannover ist aber nichts neues. Seit der Weltausstellung 1970 in Osaka legt man das Hauptgewicht auf Massenspektakel und Massentertainment. Die EXPO 1992 in Sevilla hat uns gezeigt wie das moderne Gesicht aussieht: "Hinter einer Erlebnisfassade und der Walt-Disney-World entlehnten Szenarien, werden Botschaften des herrschenden Mainstreams vermittelt.... Die gesamte EXPO ist ein großer Su-



permarkt aus buntem Plastik und Glitzer, Verkaufsautomaten und High-Tech-Produktion. Alles ist käuflich, das ist die zentrale Botschaft der EXPO 92.¹⁾ Sozialer Sprengstoff und Krisenbewußtsein lassen sich so übertünchen, das kapitalistische System, weltwirtschaftliche Konkurrenz, marktconformes Wachstum mit seiner umweltzerstörerischen Dynamik werden so nicht angetastet und als quasi naturwüchsig dargestellt.

EXPO NO!

Seit dem Bekanntwerden der EXPO-Planungen in Hannover artikuliert sich alsbald Widerstand. Die Umweltverbände organisierten eine Postkarten-Protestaktion, die Grünen im niedersächsischen Landtag (damals in Opposition mit der SPD) attackierten das Mammutprojekt: "Der Größenwahn der Betonköpfe hat Hochkonjunktur."²⁾ In messenahen Stadtteilen entstanden Initiativen, die aufkommende Verkehrsbelästigung befürchteten, die Kleingärtner protestierten gegen die angedachte Transrapid-Strecke, die Umweltschützer wehrten sich gegen die ökologischen Folgen eines EXPO-gerechten Verkehrssystems. Über 20 Gruppen aus den verschiedensten Bereichen und Politik-Spektren (Autonome, Antifas, Frauen, Umweltverbände, Jusos, SchülerInnen, Grüne, Asten u.a.) schlossen sich zu einem Anti-Expo-Bündnis unter dem Motto: Expo no! zusammen. Die bald einsetzenden Angebote der Expo-MacherInnen zu einer kritischen Zusammenarbeit, um demokratische Beteiligungsversuche vorzutauschen, wurden abgelehnt. Es entstand eine lebendige Anti-Expo-Bewegung mit breitem Spektrum an Aktionsformen und kulturellen Events, wie dem "Explosionsfestival". Ein erster Höhepunkt waren die Aktionen gegen das Exekutivkomitee der Weltausstellungsgesellschaft aus Paris, deren Aufgabe es 1989 war, den Standort Hannover, wie auch seine Mitbewerber, auf Expo-Tauglichkeit zu prüfen. Das Expo-Büro in Paris wurde außer Betrieb gesetzt und zerstört, die Delegation hautnah mit den Expo-Gegnern konfrontiert, so daß die Stadtbesichtigung abgebrochen werden mußte. Auch spätere Veranstaltungen zur Expo wurden in Manifestationen der Expo-Gegner umgestaltet. "Da-

bei konzentrierte sich die Kritik im wesentlichen auf drei Aspekte:

- Die inhaltliche Ausrichtung der Weltausstellung: »Mit dem Internationalen Populärwissenschaftlichen Zentrum [der ersten Planung dessen, was heute als »Themenpark« realisiert wird] schaffen sich Messe AG, Industrie und Gen- und Biotechnologen, High-Techler usw. ein Propagandazentrum, um ihre menschenverachtende Forschung denen gegen die sie sich richtet, besser verkaufen zu können.«

- Die Auswirkungen der durch die Weltausstellung beschleunigten Umstrukturierung: »Mit der Weltausstellung wird sich ein kaum faßbarer Schub an Umstrukturierungsmaßnahmen durchsetzen. Diese würden auch ohne die Expo kommen, aber nicht in der brutalen, extensiven und Powerplay-Form. Spektakel, wie große Sportereignisse, Stadtjubiläen oder Weltausstellungen, machen den Zugriff einer nach Profitinteressen organisierten Konsumindustrie perfekt. Systematisch wird der Komplex Kunst/Kultur/Tourismus/Freizeit ausgebaut und umgewälzt, werden ständig neue künstliche Erlebnis-Sensationen auf den Markt geschmissen. Mehr und mehr werden sie Ersatz für Sozialpolitik.« »Die Expo schafft die Voraussetzungen, Projekte durchzuziehen, die sonst in ihrer Summe nur schwer oder nicht durchsetzbar wären: Flughafen- und Straßenausbau (...) Sanierung und damit Umstrukturierung der Stadtteile.«

- Die Rolle der Deutschen Messe AG, »bei der alle Fäden als Planungs- und Koordinationszentrum zusammenlaufen«. So wurde die Messe AG Ziel mehrerer Aktionen, EXPONIERTE Tage mit Verkehrsblockaden während der Industriemesse, verschärfte Begrüßung der Messegäste auf den Bahnhöfen, Aktionen in und vor der Messe usw.

Eine wichtige Rolle spielten in der Anfangsphase des Expo-Widerstandes die Aktionen gegen die »Passerellenordnung«³⁾. Diese bezieht sich auf ausgedehnte Bereiche der City und die weitgehend untertunnelte Passage unter dem Hauptbahnhof.⁴⁾ Es wurden mehrere Demonstrationen und Aktionen, die die "Ordnung" in diesem Bereich provokativ durchbrachen, organisiert.

Nachdem Hannover den Zuschlag für die EXPO 2000 im Juni 1990 erhalten hatte, sah sich die Bewegung mit den Integrationsversuchen der Kritiker

konfrontiert. Eine EXPO neues Typs entstand und kam menschenfreundlich daher. "Völlig abdriftend ins Mythische sah der ehemals kritische Zukunftsforscher Jungk in der Expo die »Chance, Wünsche und Vorstellungen vieler Menschen des Erdballs sichtbar und greifbar zu machen, (...) Signale einer ganz anderen Zukunft zu setzen. (...) Es bietet sich nur einmal



alle tausend Jahre die Gelegenheit, so positiv und konstruktiv auf die ganze Epoche einzuwirken.« Jungk ist hier wahrlich zum Vordenker der dummdreisten Parole »Das nächste Jahrtausend beginnt in Hannover« geworden. Als es darum ging, die Expo in den politischen Gremien durchzusetzen und gewisse Zögerlichkeiten und Widerstände in der Bevölkerung zu neutralisieren, spielten diese Phantasmen eine nicht unbeträchtliche Rolle.¹

Die demokratische Weihe erhielt die EXPO mit der Befragung 1992. 48,5% der HannoveranerInnen (Beteiligung lag bei 60%) stimmten gegen die EXPO. Die EXPO schien nicht mehr aufzuhalten, Expo no! verlor nach und nach die Basis, so daß die Anti-Expo-Bewegung wegbröckelte. Jedoch die Anti-Expo-AG versuchte weiter die Kampagne gegen die EXPO aufrechtzuerhalten.

Nachdem es deutlich wurde, daß die EXPO 2000 eine EXPO des alten Typs war, bemühten sich EXPO-Kritiker um Schadensbegrenzung. Die Fahrradvereinigung ADFC forderten, das EXPO-Gelände besser mit Radwegen zu erschließen; Arbeitslosenorganisationen beschwerten sich, daß nicht das lokale Arbeitsamt die Stellenvermittlung übernommen hatte, sondern eine private Arbeitsvermittlungsfirma beauftragt wurde. Ein Verein "frauen und Expo" beklagte, daß Frauen in den Planungen der EXPO-GmbH nicht vorkamen. Ein Bürgerbüro und ein "EXPO-Watch-Büro" wollten die EXPO 2000 kritisch begleiten. Des weiteren

sind verschiedene Aktionen, Demos und Blockaden von Anti-Expo-Gruppen aus dem gesamten Bundesgebiet geplant. An verschiedenen Plätzen in Hannover wurden Anlaufpunkte eingerichtet, an denen sich auswärtige Expo-Gegner über den aktuellen Stand des Widerstands informieren können.

¹ Zit. nach Diehmer, A.: EXPO 2000: Euer Reichtum ist zum Kotzen! In: Umkämpfte Räume 1998

² Passerelle -Einkaufspassage und öffentliche Fußgängerzone, ist verbunden mit der Geschichte im Kampf um den öffentlichen Raum

Weitere Infos und Diskussionsbeiträge findet ihr in den Zeitschriften:
 iz3w - Mai/Juni 2000 - www.iz3w.org
 alaska - Mai 2000 - erhältlich unter:
 alaska
 Bernhardstr.12 28203 Bremen, Tel./FAX
 0421-72034
 und unter:
www.expo-calyipse.de
www.expo-no.de
www.anti-expo-ag.de
www.expo-watch.org

Infos zu Aktionen gegen die Expo findet Ihr auch auf unseren Terminseiten.

Gegen Rassismus und Todesstrafe Stop the Legal Lynching of Mumia Abu-Jamal

Kaum ein Mensch erfreut sich momentan derart Popularität wie Mumia Abu-Jamal. Weniger erfreulich aber ist der Grund.

WER IST DIESER MANN?

Der heute 46jährige Mumia sitzt seit 1982 in den U.S.A. unschuldig im Todestrakt (Death Row), weil er angeblich einen Polizisten getötet haben soll. Während einer Verkehrskontrolle in Philadelphia kam es in den frühen Morgenstunden des 9. Dezember 1981 zu einer Schießerei, bei der der Polizist Daniel Faulkner getötet und Mumia schwer verletzt wird. An jenem Morgen jobbte Mumia als Taxifahrer und sah, wie sein Bruder im Fahrzeug vor ihm von einem Polizeibeamten gestoppt und anschließend mit einer Taschenlampe geschlagen wird. Mumia, der zu seinem Bruder eilte, wird niedergeschossen. Für Justiz und Polizei in Pennsylvania gab und gibt es nur einen Schuldigen, Mumia Abu-Jamal. Als afro-amerikanischer Journalist, der Rassismus und Brutalität der Polizei in Philadelphia an-

prangerte, und zudem noch Mitglied der Black Panther Party, war Mumia bereits in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts bei den US-Sicherheitsbehörden eine unbeliebte Person. Nicht nur, dass die Bundespolizei (FBI) sein Telefon und seine Post überwachte, entwickelte sie auch Pläne, wie Mumia als Gefahr für die Nationale Sicherheit zum Schweigen gebracht werden könnte.

Web-Links to Mumia:

<http://www.freemumia.org>

<http://www.mumia.org>

KURZER PROZESS

Im Juni 1982 fand der Prozess gegen Mumia statt. Geführt wurde er von einem Richter namens Albert Sabo, der sechzehn Jahre als Hilfs-Sheriff diente und Mitglied der rechtsradikalen Polizeibruderschaft »Fraternal Order of Police« ist, der auch der getötete Polizist Daniel Faulkner angehörte. Ähnlich verhielt es sich mit dem Staatsanwalt. Ein Pflichtverteidiger, der die Verteidigung Mumias nicht übernehmen wollte, dubiose Zeugenaussagen, eine rechtswidrig rassistische Auswahl der Geschworenen und ein zu geringes Verteidigungsbudget ließen dieses Verfahren ein offenkundig unfaires, rassistisches werden. Hauptbelastungszeugin war eine Prostituierte, die mehr als fünfunddreißig Mal verhaftet wurde und gerade eine Haftstrafe in Massachusetts verbüßte. Hauptsächlich auf Basis ihrer Aussage sprachen die Geschworenen Mumia wegen Mordes schuldig, was in Pennsylvania die Todesstrafe bedeutet.

RACE FOR JUSTICE

Seit Jahren wird ein unerbitterlicher Wettlauf um Mumias Leben geführt. Die von der Staatsanwaltschaft aufgebaute Theorie, dass Mumia den Polizeibeamten getötet haben soll, ist wiederlegt. Die Hauptbelastungszeugin, jene Prostituierte, die gesehen haben will, wie Mumia Faulkner erschossen haben soll, war von der Polizei erpresst worden. Die angebliche Tatwaf-



fe, Mumias Pistole vom Kaliber 0.38, kommt selbst nach dem Gutachten der Gerichtsmedizin nicht in Frage, da aus Faulkners Schädel ein Projektil vom Kaliber 0.44 entfernt worden war. Schließlich wurde auch Mumias angebliches Geständnis, wonach Mumia die Tat gegenüber einer Krankenschwester im Krankenhaus zugegeben haben soll, so gründlich auseinander genommen, dass sogar ein bedeutender Jurist in einem Artikel der angesehenen und als äußerst konservativ geltenden Zeitschrift »American Lawyer« feststellte, er habe die gesamten Akten gelesen und müsse sagen, dieses Geständnis sei nichts weiter als ein Lügenmärchen. Mumia und sein Anwalt Leonard Weinglass können heute Zeugen und Beweise vorbringen, die nicht nur eine Wiederaufnahme des Verfahrens begründen, sondern auch zur Freilassung Mumias führen könnten.

„Meine größte Angst ist momentan, dass viele meiner UnterstützerInnen denken, meine sogenannte Prominenz würde mich davor schützen hingerichtet zu werden. Ich kann nur hoffen, dass jetzt alle verstehen, dass meine Zeit abläuft und es dem Staat todernt ist, mich umzubringen“, sagte Mumia gegenüber der Frankfurter Rundschau (25. Oktober 1999).



SUPPORT 4 MUMIA

Wegen seines engagierten Einsatzes als Radiojournalist auf der Seite der Unterdrückten wurde Mumia »Voice of the Voiceless« genannt. Daß diese Stimme nicht zum Schweigen gebracht wird, dafür setzen sich Musiker (Rage against the Machine, Sting, Beastie Boys, u.a.), Schauspieler (Whoopie Goldberg, Harry Belafonte, u.a.), Danielle Mitterand, Nelson Mandela, Günter Grass, Angela Davis u.v.a. ein. Menschen aus allen sozialen Schichten rund um die Welt fordern die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Freiheit Mumias. Es ist nun an den Behörden in den U.S.A. und auch an uns, den staatlichen Mord an Mumia zu verhindern.

Spenden für Mumias Verteidigung
 Sonderkonto „M. Abu-Jamal“/Archiv'92
 Bank für Gemeinwirtschaft Bremen
 Kto.Nr. 100 873 8701 BLZ 290 101 11
 Alle hier eingehenden Spenden dienen ausschließlich der Absicherung der Verteidigung mit dem Ziel, das Wiederaufnahmeverfahren zu erreichen.

MUMIA MUST LIVE

Vergeblich versuchte Mumias Anwalt Richter Albert Sabo zu Wiederaufnahme des Verfahren zu bewegen. Der Richter bezeichnete alle diese neuen entlastenden Fakten als unglaubwürdig. Selbst als die Staatsanwaltschaft eingeräumt hatte, dass diese neuen Umstände zutreffend seien, hielt er sie nicht für überzeugend genug. Letztlich lehnte er die Wiederaufnahme des Verfahrens im Frühjahr 1997 ab. Die dagegen eingelegte Beschwerde beim Supreme Court of Pennsylvania wurde zurückgewiesen, was am 13. Oktober 1999 zur Unterzeichnung des Todesurteils durch den republikanischen Gouverneur des Staates Pennsylvania, Thomas Ridge, führte. Zwar wurde das Urteil kurze Zeit später vom US-Bundesrichter William H. Yohn ausgesetzt, doch die jetzt laufende juristische Auseinandersetzung ist die letzte reelle Chance für Mumia auf juristischem Wege ein neues Verfahren durchzusetzen.

Post und emails an Mumia
 # AM-8335
 SCI Greene 1040
 East Furman Highway
 Waynesburg, PA 15370, USA
 email: mumia@aol.com

Die Rippe vom Manne ...

Am Anfang war eine jüdische Sekte, doch leider fand sie zu viele Anhänger und es wurde eine Weltreligion daraus: das Christentum. Geführt von machtgierigen, skrupellosen Männern, erschuf die katholische Kirche durch grausames Foltern, und Morden ein Patriarchat, in dem wir teilweise heute noch gezwungen sind zu leben. Die Frauenfeindlichkeit wird schon in der Bibel sichtbar, Gott, ein Mann, erschuf die Welt, Eva wurde lediglich aus einer Rippe Adams geschaffen. Sie war schuld, daß beide aus dem Paradies verbannt wurde. Moses, ein Mann, holte die 10 Gebote. Noah, ein Mann, erschuf die Arche und Jesus. Der Held schlechthin, war natürlich auch ein Mann, was im völligen Widerspruch zu seiner Herkunft steht, da er ohne männliches Sperma entstanden ist, jedoch Parthenogenese¹ nur weibliche Nachkommenschaft hervorbringt. Ein Beispiel der brutalen Vorgehensweise dieser Institutionen ist das Schicksal einer Frau namens Hypatia. Sie wurde in Alexandria im Jahr 415 von Christen in eine Kirche ver-



schleppt, wo ihr dann von ihnen mit Muschelschalen die Haut vom Leib geschnitten wurde. Das geschah, weil sie Lehrerin für Logistik, Ma-

thematik und Philosophie war. Die Hexenverbrennung ist ebenfalls ein deutlicher Beweis für die Frau-



enfeindlichkeit der Kirche. Männer durften sich im Mittelalter Ärzte nennen und kranke Menschen zur Ader lassen, und sie so umbringen. Eine Frau jedoch, die Menschen wirklich half, mit Hilfe von Kräutern zum Beispiel, wurde verbrannt. Und das, obwohl die Kirche selbst so viele heidnische Bräuche geklaut hat. So stammt beispielsweise Ostern von der alten Verehrung der Göttin Eostre oder Astarte ab. Auch das Kreuz war schon sehr lange vor dem Christentum ein heidnisches Symbol.

Nicht nur in der Vergangenheit wurde Gewalt von dieser scheinheiligen Religion ausgeübt. In Bayern gibt es eine Gemeinde, in der heute noch symbolisch Hexen verbrannt werden. Dort wird im Frühling von Kindern eine Frau aus Pappe hergestellt und mit möglichst viel Knallern versehen, damit sie richtig schön auseinander fliegt, wenn sie auf einem Platz verbrannt wird, wo tatsächlich einmal Frauen so ermordet wurden sind. Trotz soviel Grausamkeit wirbt die Kirche heute in Werbespots und Flugblättern mit christlicher Nächstenliebe.

¹ Jungferzeugung; Entstehung eines Lebewesens aus einer unbefruchteten Keimzelle (Encarta 98)

Klassenk(r)ampf

Anfang April lockte mich eine Veranstaltung unter dem Titel „Auch die Geschichte der BRD ist eine Geschichte der Klassenkämpfe“ ins Haus der Gewerkschaften. Veranstalter war der Bildungsverein „Elbe-Saale“ (ELSA), der Ableger der PDS-nahen Bundesstiftung für Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung „Rosa Luxemburg“. Der Referent, Dr. Heinz Schäfer aus Hessen, stellte seine Sichtweise der Klassenkämpfe in der Geschichte der BRD dar. Im Vordergrund standen dabei die gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen um Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen, deren Darstellung – gewürzt mit einigen Anekdoten der diversen, vom Referenten mit-erlebten Gewerkschaftskongressen – für einen der Geschichte der alten Länder nicht besonders kundigen durchaus interessante Aspekte aufwies. Allerdings beließ er es auch dabei. Nahezu völlig außen vor blieben politische Bewegungen, die ja auch Ausdruck von Klassenkämpfen sind, ebenso wie beispielsweise die Welle der wilden (i.d.R. illegalen, von den Gewerkschaften nicht getragenen) Streiks Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre, die sich vor allem gegen die Erhöhung der Arbeitsintensität und Unternehmerwillkür richteten. Für die aktuelle Situation fand Dr. Schäfer zunächst recht radikale Worte, prangerte das sich auch in Gewerkschaftskreisen ausbreitenden neoliberale Denken an, um im Anschluß dann selbst tief in die Trickkiste der Verfechter dieses Denkens zu greifen. So verwies der inzwischen vom DKPler zum lammmfrommen PDSler konvertierte Genosse auf die Notwendigkeit, Unternehmer, die 'ihre' Beschäftigten nicht das ganze Jahr über mit Arbeit versorgen können, quasi zu subventionieren, in dem letztere in der lohnarbeitsfreien Zeit mit öffentlichen Arbeiten betraut und vom Staat

bezahlt werden. Ebenso wies er auf die Schwierigkeiten bei der Einführung eines garantierten Grundeinkommens für alle Menschen hin, da es ja nicht nur unter den Unternehmern, sondern auch in der Arbeiterklasse Menschen gebe, die sich dann auf die faule Haut legen würden, und gar nicht mehr arbeiten wollten. Und das könne man als klassenbewußter Arbeiter natürlich nicht hinnehmen. Auf die Idee, daß die Lohnarbeit in dieser Gesellschaft in erster Linie Ausbeutung und oft großen Stumpfsinn bedeutet und dazu auch noch ökologisch schädlich sein könne und aus diesen Gründen besser nicht verrichtet werden sollte, kam er natürlich nicht. Schließlich fiel ihm als neues Politikfeld für die Linke noch die Eigentumsbildung für Arbeitnehmer in Form von Aktien und dergleichen ein, die für moderne Sozialisten nicht „länger tabu sein“ dürfe – willkommen in der „Neuen Mitte“! Ansonsten übte Schäfer sich – als gelernter Wessi wohl ein Muß – in Selbstdarstellung, verwies ständig auf seine Kontakte in höchste Kreise im PDS oder SPD-Vorstand und bot großzügig-penetrant den kleinen Leuten vor Ort an, ihre Fragen zu beantworten. Diese waren aber ohnehin nur sehr spärlich versammelt, kein Wunder, bei dem Zeitpunkt der Veranstaltung. ELSA sollte sich wirklich mal überlegen, ob sie eine Selbsthilfegruppe für orientierungslose Ex-Kommunisten im Vorruhestand werden wollen, oder vielleicht doch ihre Zukunft in der Gewinnung von jüngeren Menschen, die sich auf der Suche nach Alternativen zum gegenwärtigen System befinden, sehen. Letztere kann man um 16:30 Uhr kaum zu einer Veranstaltung locken, noch dazu sicher auch manche das zweifelhafte Glück haben, malochen zu dürfen. Und das dauert meist länger, als bis zum frühen Nachmittag.

Gesellschaftlicher Wertewandel und Hochschule

Je nach Zeitrechnung befinden wir uns in einem neuen Jahrtausend, bzw. stehen an der Schwelle dazu. Viele Menschen fragten sich angstvoll, was denn nun alles an neuen und unbekanntem Dingen auf sie zukäme. Prophezeiungen gab es reichlich, vom totalen Ausfall aller Rechner bis hin zu Weltkrieg und Invasion durch Außerirdische. Da nichts von alledem eintrat, ging mensch schnell wieder zur gewohnten Tagesordnung über. Der zeitpunktbezogene hysterische Blick auf ausufernde Bedrohungsszenarien verstellt den Blick auf Dinge, die sich in unserer Gesellschaft fast unbemerkt ereignen.

Der konservative roll-back der 80er trägt erste Früchte und neue alte Mutationen wie z.B. der Neoliberalismus kriechen aus ihren Höhlen in die schöne neue Mitte unserer Gesellschaft. Selbst ein gestandener CDU-Parlamentarier beklagte in einer der letzten Landtagssitzungen die zunehmende „Durchökonomisierung“ von immer mehr Lebensbereichen. In der öffentlichen Diskussion fallen immer öfter Begriffe wie Globalisierung, Privatisierung, Kundenorientierung, Flexibilität usw. Es wird suggeriert, sie würden dem Menschen ein besseres Leben mit mehr Wohlstand bringen. Wer Kritik übt, ist unmodern, rückschrittlich und irgendwie verdächtig.

Politische Gruppierungen jedweder Gesinnung haben dies längst erkannt und thematisiert, seien es Radikale, Reformisten, Konservative oder andere. Die Debatten darüber werden jedoch in der Regel sehr abstrakt und weit weg von der alltäglichen Wirklichkeit der Menschen, die sie betreffen, geführt. Wie also wirkt sich so ein genereller Wertewandel in der Gesellschaft auf eine konkrete Einrichtung wie die Universität Magdeburg aus?

Als erstes ist sicherlich die Sprache zu nennen. Wer etwas anders machen will, sagt dies in der Regel auch, jedoch natürlich niemals so, dass irgendjemand Anstoß daran nehmen könnte. Begonnen hat dies damit, dass eine Hochschule jetzt immer häufiger als *Unternehmen* bezeichnet wird, das für die Studierenden (die jetzt *Kunden* sind) *Dienstleistungen* erbringt, die als das *Produkt Bildung* beschrieben werden. Dies soll natürlich möglichst effizient geschehen, mit möglichst geringen Kosten für das Unternehmen und einem möglichst großen Output.

Nun wird von den Kunden erwartet, dass sie für diese Dienstleistung bezahlen. Viele Magdeburger ProfessorInnen stehen Studiengebühren positiv gegenüber. Schwarze Kassen für eingetriebene Lernmittelkosten bestehen bereits an mindestens zwei Instituten, die Fernleihe von Büchern ist für Profs kostenlos, Studierende zahlen pro Anfrage (unabhängig ob sie ihr gewünschtes Buch bekommen oder nicht) drei Mark und es wird nachgedacht, Sprachkurse mit Gebühren zu belegen. Wer entsprechende finanzielle Ressourcen hat, den stört dies nicht weiter. Menschen, die nebenbei arbeiten müssen, haben weniger Zeit zum Studium und geraten schnell in die Gefahr, die Regelstudienzeit zu überschreiten. So eine Überschreitung zieht in der Regel den Verlust der BAFÖG-Berechtigung nach sich, in extremeren Fällen die Exmatrikulation (Rauswurf). So wird eine schlechende soziale Selektion vorgenommen, die aber mittelfristig nicht nur Geringverdienende, sondern auch Kinder der sogenannten Mittelschicht treffen wird.

Unabhängig davon, wie mensch sich zu öffentlichem Bildungswesen und seinen Zielen stellt, besteht zumindest Einigkeit darüber,

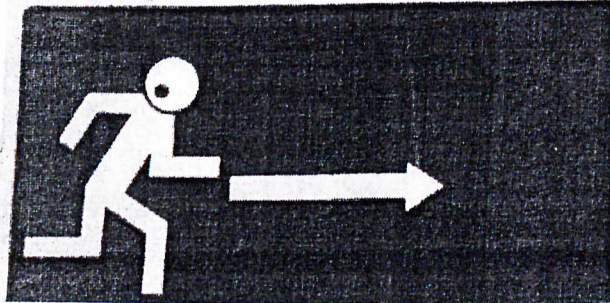
dass Bildung eine notwendige Voraussetzung ist, um entweder in dieser Gesellschaft zu bestehen oder um sie - auf welchem Weg auch immer - zu verändern. Idealerweise sollte mensch in Bildungseinrichtungen wie einer Hochschule Wissen erwerben, soziale Kompetenzen erweitern und die Möglichkeit haben, sich auszutauschen und persönlich weiterzuentwickeln.

Der Wertewandel besteht nun darin, dass manche, parallel zu anderen Veränderungen in der Gesellschaft, meinen, Universitäten seien so organisierbar wie ein Unternehmen, mit standardisierten Verfahren zur Produktion von Bildung. Menschen werden nicht mehr als selbstbestimmte Wesen anerkannt, sondern als Wirtschaftsfaktoren, *Humankapital*, das möglichst schnell möglichst gut ausgebildet auf dem Markt als Produkt zur Verfügung steht. Anstrengungen, Mühen und Veränderungen nimmt mensch i.d.R. nicht um ihrer selbst willen auf sich, sondern um ein für sich positives Ergebnis zu erreichen. Wäre dies durch die Vermarktlichung der Hochschulen gegeben, wäre es schwierig, dagegen zu argumentieren. Grade dies, eine Verbesserung für die Studierenden, ist durch die genannten Veränderungen aber wohl kaum zu erwarten. Geschickte Rhetorik verspricht Studierenden noch immer, dass sie durch mehr Marktwirtschaft an der Hochschule bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt hätten, mehr verdienen usw. Nüchtern betrachtet wird der bisherige

(leider auch nur behauptete) Zweck nicht nur von studieren, sondern von Bildung überhaupt, nämlich die freie Entfaltung der Persönlichkeit, der persönlichen Weiterentwicklung, durch die alleinige Vermittlung von Wissen und Marktfähigkeit ersetzt. Studierende sollen möglichst früh in den Arbeitsprozess eintreten, in dem ein z.T. sogar schon von Konservativen kritizierter Leistungsdruck herrscht. Auch dort ist nicht der Mensch das Ziel an sich, sondern dass mensch sich möglichst gut verkauft und GEGEN andere durchsetzt.

Es gab anno dunnemals Phasen der Geschichte, da war die beginnende Marktwirtschaft eine positive Entwicklung, die dazu gedacht war, Verbesserungen für den Menschen zu schaffen. Die geschichtliche Entwicklung kennt jedeR, und es gibt die unterschiedlichsten Bewertungen dazu. Jetzt jedoch ist es so, dass versucht wird, den Menschen für den Markt zu optimieren. Ziel von Bildung ist es nicht mehr, das Wohl der Menschen zu mehren, sondern den Kriterien der Wirtschaftlichkeit zu entsprechen. Egal welchen politischen Standpunkt mensch hat, es sollte auf jeden Fall überlegt werden, ob diese Änderungen wirklich wünschenswert sind.

◀ HÖRSAAL 1



Big Brother is watching you!



Wenn ihr jetzt an die ExhibitionistInnen-Show von auf RTL II denkt, liegt ihr erstmal verkehrt. Je-

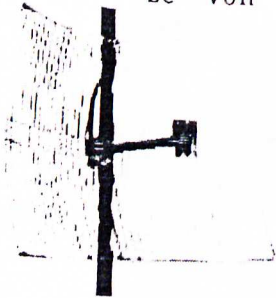
doch dürfte die Verherrlichung der Banalität des Lebens im real existierenden Kapitalismus ihren Beitrag zur weiteren Gewöhnung der 'Bürgerinnen und Bürger' an die zunehmende Durchsichtigkeit ihres Lebens - vom Einkaufsverhalten bis hin zu politischen Aktivitäten beitragen.

Vorreiterin bei der politischen Umsetzung eines immer weiter gehenden Zugriffs der beamteten Datensammler auf alle Bereiche des Lebens wird nun die Regierung dieses unseres Bundeslandes. Mit der Gesetzesinitiative soll unseren „Freunden und Helfern“ weitgehende Befugnisse eingeräumt werden. Künftig sollen öffentliche Plätze von Videokameras

überwacht werden, Polizeibeamte verdachtsunabhängig kontrollieren (in guter alter VP-Tradition) und - bei

Nichtgefallen - Aufenthaltsverbote für öffentliche Plätze aussprechen dürfen. Verständlich, daß deren stets willige DienerInnen vom Stamme der 'Demokratischen Sozialisten' auch diesmal wieder mit von der Partie sind und - selbstverständlich unter verbalen Protesten - , der Regierungsvorlage zwar nicht zustimmen, diese aber eben tolerieren werden. Soweit geht die Aufarbeitung der Stasi-Vergangenheit dann doch nicht. Mitregieren - auch wenn man die bis dato heiligsten Prinzipien aufgeben muß - ist doch immer noch besser, als immer nur schmollend auf der Oppositionsbank zu sitzen. Und schließlich geht es ja nicht zuletzt auch um die Sicherheit ihrerer Wählerinnen und Wähler, ein Wert der ja auch schon in dieser unserer Zone groß geschrieben wurde. »Wir tun alles, damit das Land nicht in Chaos versinkt«, drohte Gallert, seines Zeichens Geschäftsführer der Landes-PDS. Die Weltrevolution dürfte er damit ja wohl eher nicht gemeint haben.

Naja, was geht's mich an, wird jetzt vielleicht der genervte Leser fragen. Und: wenn's der Vermeidung von Kriminalität dient, habe ich schließlich auch was davon...



Mutter Staat wird ja schließlich von der kritischen Öffentlichkeit kontrolliert. Bei uns herrscht ja schließlich Demokratie, die bekanntlich gegen Mißbrauch immun ist. Und wenn ich mir nichts zu Schulden kommen lasse, wirds mich ja auch nicht treffen. Aber spätestens wenn der Arbeitgeber beim Bewerbungsgespräch - auf freiwilliger Basis selbstredend - einen Gentest verlangt, oder dessen Regelanfrage beim Staatsschutz ergibt, daß Du schon mal auf ner Unterschriftenliste gegen atomare Endlager unterschrieben hast, beginnt es brenzlich zu werden.

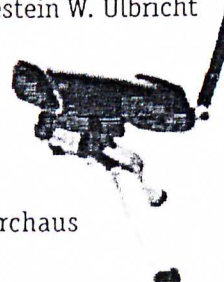
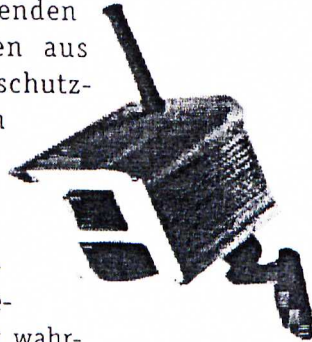
Auch sollte man sich vergegenwärtigen, daß Deutschland gar nicht so weit von Österreich entfernt liegt. Dort zeigt derzeit eine von ihren Dienstherren nicht mehr soo genau kontrollierte Gendamerie, welche Traditionen sie immer noch (bzw. wieder) verpflichtet ist. Die sind sicher dankbar für entsprechenden Datenbanken, die ihre demokratischen Vorgänger angelegt haben.

Menschen die ihren Unmut über diesen Staat auf der Strasse mit einer Demonstration Luft machen wollen, riskieren weit mehr als einen 14 tägigen Platzverweis, für einen Ort, wo schon am nächste Tag keine Demo mehr stattfindet. In Berlin wurden zur diesjährigen Ersten-Mai-Demo schon die

entsprechenden Kandidaten aus den Staatsschutzkarteien vorgewarnt, ihr Recht auf Meinungsäußerung nicht wahr-

zunehmen. Da ist es auch nicht mehr so weit bis zur dauerhaften Verwahrung von „Wiederholungstätern“, wie es beispielsweise in einigen US-Bundesstaaten praktiziert wird. Dort werden nach dem Prinzip: „Wer dreimal straffällig wird, sitzt lebenslanglich.“, Menschen lebenslanglich eingeknastet, egal, um was für Delikte es sich handelt. Und daß politischen Aktionen in letzterer Zeit immer häufiger kriminalisiert werden, dürfte auch dem Blindesten aufgefallen sein.

„Demokratisch muß alles aussehen, nur müssen wir die Macht fest in der Hand halten!“, pflegte schon das demokratische Urgestein W. Ulbricht zu sagen. Seine Erben, und die Noskes, erweisen sich dieser Tradition durchaus würdig.



¡Ya Basta!

Es ist Mittwoch abend. Nora¹ kommt aufgewühlt nach Hause, redet kaum und verschwindet sofort in ihr Zimmer. Dann hört man sie eine halbe Stunde lang ununterbrochen schluchzen. Liebeskummer? Nein, leider ist ihr schwerer zu helfen. Nach einiger Zeit beruhigt sie sich und fängt an zu erzählen.

Eine Gruppe Mexikaner indianischer Abstammung trotzen den Drohungen der im Gebiet agierenden paramilitärischen Verbände und machten sich auf den Weg zu ihren Feldern, um die Maisernte einzuholen. Dafür baten sie um Begleitung – menschliche Schutzschilder sozusagen². Zu spät erreichte sie die Anfrage, denn der Informationsfluß zwischen den internationalen Menschenrechtsbeobachtern ist nicht immer schnell und noch seltener zuverlässig: zu schlecht ist die hiesige Infrastruktur (manchmal eine Telefonleitung pro Dorf) und zu stark ist die gebotene Vorsicht gegenüber ungewollten Mithörern. Die Angehörigen der Tzotzil- und Tzeltal-Stämme³ wurden von der Militärpolizei festgenommen. Da die Aktivisten um Nora aufmerksame Freunde in der Bevölkerung haben, weiß man, daß sie zur Stunde unter Folterung zur Aussage gezwungen werden - wiedergesehen hat man sie seit vorgestern nachmittag nicht.

Wir befinden uns in *San Cristobal de las Casas*, einer Gebietshauptstadt im nach wie vor ärmsten mexikanischen Staat *Chiapas*, nicht weit von der Grenze zu Guatemala. Während im Nachbarstaat nach mehreren Jahrzehnten blutigen Bürgerkrieges ein Teil der Verhandlungsergebnisse zwischen Guerillas⁴ und Regierungstruppen in eine Änderung der Verfassung einfließen (überwiegend Erteilung von Bürgerrechten an die indianische Bevölkerung), sieht es um die Zukunft der Ureinwohner Mexikos düster aus.

Nora selbst kam vor drei Monaten aus einer nördlicheren Region nach *San Cristobal*, um den Unterdrückten in ihrer nervenaufreibenden und gefährlichen Situation zur Seite zu stehen. Im Unterschied zu anderen Autonomiebestrebungen im Land gelang es den Zapatistas, durch ihren am

31.12.1993 eingefädelt⁵ Miniaufstand⁶ internationales Interesse zu erregen. Dies liegt der mexikanischen Regierung noch heute schwer im Magen, doch ermöglichte es wohl Tausenden Indianern das Überleben. Jedenfalls für eine Weile...

Unter wachsendem internationalem Druck wurden Unterdrückungsstrategien allmählich von direkter militärischer Konfrontation auf sogenannten *low-intensity war*⁴ umgestellt: Weitergabe internationaler Hilfgelder nur an ausgewählte Sympathisanten, starke militärische Präsenz (man schätzt 70000 Soldaten vor Ort) und gezielte Bewaffnung einheimischer Gruppen zur "Selbstverwaltung ihrer Probleme" (paramilitärische Verbände) sind Beispiele angewandter Methoden. Aber auch vor brutalen Inhaftierungen selektierter Personengruppen (z.B. Lehrer und Ärzte), sexuellem Mißbrauch und Zwang zur Prostitution wird nicht mehr zurückgeschreckt.

Wer sind diese Zapatistas und wie kam es zu dem Aufstand? Wonach streben sie, das der Regierung soviel Probleme bereitet, daß sie sie am liebsten ausrotten würde? Die Zeitungen sprechen von (kommunistischen) Rebellenaufständen, infolge von Rassismus verfeindeten Gruppierungen, Unabhängigkeitsbestrebungen oder schweigen sich einfach aus.

Mit Grund. Tragen *wir* doch einen erheblichen Teil der Schuld an den Verhältnissen in *Chiapas*. Im Zuge des sich ausbreitenden Neoliberalismus⁷ muß ein Entwicklungsland entsprechend getroffenem Handelsabkommen (z.B. NAFTA⁸ oder WTO⁹) gewisse ökonomische und politische Forderungen erfüllen. Um internationale Investoren anzulocken und in den Genuß hoher finanzieller Zuwendungen aus den entwickelten Ländern zu kommen, werden politische Gegenbewegungen ruhig gestellt und Preise für eigene Exportprodukte gesenkt. Der Wunsch, die eigene Ökonomie zu stärken, bringt somit ein Land (bzw. dessen adlig-reiche Minderheit) schnell dazu, sich verstärkter westlicher Ausbeutung zu öffnen. Für ausländische Großplantagen - meist Bananen, Zitronen, Orangen, Tabak und Kaffee - werden ganze Landstriche fruchtbarer Tiefebenen "leergeräumt". Gezielt werden über Jahrzehnte ansässige indianische Stäm-

me in weniger fruchtbare Höhenlagen zwangsumgesiedelt. Mit ihnen verabschieden sich Traditionen, die ausgeklügelte Systeme regenerativen Zusammenlebens mit der Natur hervorgebracht hatten.

In Mexiko werden in den späten 70ern die Ötressourcen in den um Chiapas liegenden Gebieten ausgeschlachtet. Dies führt schnell zu einer extremen arm/reich-Polarisation. Korruption breitet sich aus. Für den überwiegenden Teil der Bevölkerung in den Bergdörfern herrscht unvorstellbare Armut. Nach 500 Jahren meist unbewaffneten Widerstandes erhebt sich 1993/4 die EZLN¹⁰ unter der geistigen Führung von Subkommandant Marcos und wendet sich mit der folgenden Botschaft an die internationale Öffentlichkeit:

„Wir haben nichts zu verlieren, absolut gar nichts, kein vernünftiges Dach über dem Kopf, kein Land, keine Arbeit, schlechte Gesundheit, kein Essen, keine Bildung, kein Recht, unsere Führer demokratisch zu wählen, keine Unabhängigkeit von ausländischen Interessen, und keine Gerechtigkeit für uns oder unsere Kinder. Aber wir sagen genug ist genug! Wir sind die Abkömmlinge derer, die diese Nation ehrlich erbaut haben, wir sind die Millionen von Enteigneten, und wir rufen alle unsere Brüder auf, unserem Kreuzzug beizutreten – die einzige Möglichkeit, der Verhungierung zu entgehen.“

[EZLN, Erklärung des Lacandon-Dschungels, 1993]

Zu Beginn des Jahres 2000 hat sich die Situation nicht merklich verbessert. Das internationale Interesse wandte sich in der Zwischenzeit anderen Krisenherden zu. Unterstützung im eigenen Land hat die EZLN durchaus erfahren, doch werden sie nach wie vor als nationaler Störenfried, der die Wirtschaftlichkeit Mexiko's gefährdet, betrachtet. Deswegen führte es erst vor wenigen Wochen Studenten der autonomen Universität UNAM wieder auf die Straßen. Der Kampf geht weiter. Doch es ist ein erbärmlicher Kampf um's nackte Überleben gegen eine erdrückende, gut organisierte und finanzierte Übermacht.

Beim nächsten Versuch, ihren Mais zu ernten, wird Nora die Gruppe mit Sicherheit begleiten. Sie wird dem einen oder anderen auch ein paar Pesos zu stecken, damit sie die hungrigen Mäuler ihrer Kin-

der stopfen können. Denn wenn man ihnen verweigert, ihre eigene Ernte einzufahren, ist Verhungern die natürliche Folge.

Und wir drehen uns einmal in unserem Sessel und öffnen uns ein neues Bier... Prost!

Roger Klein

Hier kann man Details nachlesen:

Zapatistas: <http://www.ezln.org/>

CIEPAC: <http://www.ciepac.org/>

República Mexicana



1 Namen wurden absichtlich verändert.

2 dies ist eine relativ übliche Praxis in Krisengebieten, um militärische Übergriffe zu verhindern/vermindern

3 ethnische Abstammung von den Mayas

4 bezeichnet hier mehrere meist im Hinterland agierende Widerstandsgruppen (zum Großteil aus Studenten und jungen Menschen indianischer Abstammung wegen niedergewalt)

6 eine Strategie, bei der durch unterschiedlichste heimtückische Mittel das Volk gespalten, Mißtrauen gesät und gegenseitige Vernichtung unterstützt wird

7 siehe auch <http://homepage.ruhr-uni-bochum.de/Carsten.Schaefer/netz/sg1.htm> und <http://www.karlsruher-kolloquium.de/neoliberal.html>

8 North American Free Trade Agreement

9 World Trade Organization (im deutschen IWF: Internationaler Währungsfond)

10 Ejército Zapatista de Liberación Nacional – Nationale Befreiungsarmee Zapatista, besteht fast ausschließlich aus jungen Angehörigen der ethnischen Maya-Stämme

Showdown in Seattle

Eigentlich sollte die Welthandelskonferenz 1999 in Seattle wie jede andere werden. Doch die US-Metropole an der Pazifikküste wurde zum Fiasko für die World Trade Organisation (WTO) und ein Erfolg für die internationale Protestbewegung gegen den Neoliberalismus.

TURTLES AND TEAMSTERS TOGETHER AT LAST

Die WTO hat das US-Gesetz, das die Tötung von Seeschildkröten verbietet, als Handelshemmnis aufgehoben. Ein Beispiel, das zeigt, dass der globale Freihandel über alles steht, gleichgültig, ob es sich auf die Umwelt, Arbeit oder andere wichtige Bereiche des Lebens bezieht. Heutzutage ist das höchste Gesetz die weltweite Freiheit der Konzerne und des Kapitals. Gegen diese Tendenz richtete sich eine internationale Allianz aus Umweltgruppen und Gewerkschaften. Rund 50.000 Menschen zogen am 30.11.1999 (Global Action Day) bei der größten Demonstration seit dem Vietnam-Krieg in der USA zum Trade Centre in Seattle,

dem Tagungsort der WTO, und blockierten die Zugänge.

CIVIL EMERGENCY

Da sich nur wenige der angereisten Minister den Weg durch Barrikaden und Tränengaschwaden bahnen konnten, sahen sich die enttäuschten Funktionäre gezwungen, die Eröffnungsfeier abzusagen. Um nicht ganz auf den WTO-Kongress verzichten zu müssen, erklärte Seattles Bürgermeister Paul Schell den Ausnahmezustand, was Kriegsrecht bedeutet, und verhängte eine Ausgangssperre für die Zeit von 19.00- 7.30 Uhr über die Stadt Seattle. Unterstützt durch die Nationalgarde ging die Polizei am folgenden Tag mit Hartgummigeschossen und Tränengas gegen die DemonstratInnen vor. Es gelang ihr aber nicht den Protest vollends zu verhindern. Über 600 Leuten wurden bis zum Ende der Konferenz, am 3.12.1999, verhaftet. Die USA haben der Weltöffentlichkeit überzeugend dargeboten wie Demokratie zu funktionieren hat. Kaum demonstriert die totgeglaubte US-ame-

rikanische Gewerkschaft AFL-CIO für sichere Arbeitsplätze, und die Umweltgruppen führen Sitzblockaden durch, just reagiert Uncle Sam mit dem Ausnahmezustand. Zeitgleich kam es weltweit zu Anti-WTO-Protesten, so auch in London, wo ähnliche Szenen wie in Seattle, aber ohne Verhängung des Kriegsrechts, zu sehen waren.



TOTAL LIBERALIZATION

Die 1995 gegründete Welthandelsorganisation (WTO) ist Nachfolgerin des GATT. Mehr als 130 Staaten sind derzeit in ihr vertreten, wobei die USA, EU, Kanada und Japan die Führungsrolle übernehmen, worunter die Länder der Dritten Welt das Nachsehen haben. Die WTO und ihre Gremien betrachten die ganze Welt und alles was sich in ihr entwickelt und bewegt nur aus dem Blickwinkel, ob es den Freihandel fördert. Jedes Umweltschutzgesetz, jeder neue Produktionsstandard ist den internationalen Konzernen ein Grauen. Wenn ein Staat seiner Industrie scharfe Auflagen z.B. zur Reduzierung des Schadstoffausstosses verordnet und die dadurch steigenden Produktionskosten durch Umweltzölle ausgleichen will, wird damit in den Augen der WTO vor allem der freie Warenverkehr eingeschränkt.



THE BATTLE OF SEATTLE

Ignoriert von den Behörden hatte das Direct Action Network (DAN), ein Bündnis von UmweltschützerInnen, monatelang die gewaltfreie Verhinderung des WTO-Treffens trainieren können. Überrascht waren wohl alle Akteure über die Masse aktionsbereiter Menschen. Sogar ArbeiterInnen und BäuerInnen waren international vertreten. Für die Gewerkschaften in den USA war dies die größte Demonstration seit 50 Jahren. Gemeinsam haben sie mit den verschiedensten Aktionsformen dafür gesorgt, dass die Millenniumsrunde der WTO zum Fiasko wurde. Seattle steht seither als Symbol für den Anfang einer neuen Bewegung für die Globalisierung von unten.

Was ist eigentlich die WTO?

Die WTO, die Welthandelsorganisation, dient nach eigenen Verlautbarungen der „globalen Förderung des Freihandels“. Der 1994 gegründeten Organisation gehören 134 Staaten an, die sich mit ihrer Mitgliedschaft verpflichtet haben, Zölle und Handelshemmnisse gegenüber anderen Mitgliedsstaaten abzubauen und sich gegenseitig beim Handel Meistbegünstigung einzuräumen.

In der Praxis führt das in der Regel dazu, daß den wirtschaftlich mächtigsten Staaten erleichterter Zugang zu bisher geschützten Märkten in schwächeren Staaten, vornehmlich in der dritten Welt, erhalten, was i.d.R. zur Verdrängung der einheimischen Unternehmen führt. Dennoch sind die meisten Länder an einem Beitritt interessiert, da dieser oft Voraussetzung für den Erhalt internationaler Kredite ist.

Termine - Termine - Termine - Termine - Termin

Magdeburg

Marxismus und Demokratie in der Geschichte des Sozialismus

Diskussionsveranstaltung der Initiative
Zweite Aufklärung/ELSA

Donnerstag, 1.6., 16:30 Uhr

Im Einewelthaus, Schellingstraße 3-4

Herbert Marcuse - Der Marxismus als

Utopie der Neuen Linken, Vortrag

Referent: Wolfram Tschiche (Veranstalterin:
ELSA)

Donnerstag, 8.6., 16:30 Uhr

Im Einewelthaus, Schellingstraße 3-4

Sonstwo

Aktionswoche gegen die Expo 2000

27. Mai - 4. Juni in Hannover

Für diese Woche soll sich der Widerstand zentral auf Hannover richten - um dort eine Wirkung zu erzielen, die dann auch bei regionalen Aktionen und Veranstaltungen hilft. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastruktur als Büroräumen, Camps und mehr bereitstehen. Ständig geplant sind u.a. Camps, Veranstaltungen, 2-tägige Anti-Expo-Zeitung und Radiosendungen, spontane und geplante Aktionen.

Anti-EXPO-Demonstration

27. Mai, 10:00 Uhr in Hannover

Aktionstag "Die Expo wird nicht eröffnet!"

1. Juni in Hannover

Kleine und große, nette, spaßige oder direkte Aktionen, Blockaden und Störungen gegen die Expo - wir sind Sand oder Steine im Getriebe: Kreuzungen, Straßen, Bahnstrecken, S-Bahnen, Expo-Eingänge, Infrastruktur und vieles können die Ziele sein.

Innenstadt-Aktionstage

3. - 4. Juni in Hannover

Kontakt: Innenstadtgruppe Hannover, c/o:
AstA Uni Hannover, Welfengarten 1, 30167
Hannover, Tel.: 0511/7625061

Weitere Infos zu Aktionen gegen die Expo gibt es auch unter <http://www.expo-no.de>

Europäisches Tribunal über den NATO-Krieg in Jugoslawien

Freitag, 02.06. - 03.06. Berlin, Heilig-Kreuz-Kirche

Kontakt: GBM, Prof. Wolfgang Richter,
Weitlingerstr. 89, 10317 Berlin, Tel.: 030/
5578397, Fax: 030/5556355

E-Mail: gbmev@t-online.de

Internet: <http://home.t-online.de/home/gbmev>

Internationale Luftfahrtausstellung (ILA) in Berlin Schönefeld und Gegenaktivitäten von Friedensgruppen.

Dienstag, 06.06. - 12.06. Berlin

(Ausstellungsprogramm siehe <http://www.ila-berlin.de>)

Kontakt: Kampagne gegen Wehrpflicht,
Zwangsdienste und Militär, Oranienstr. 25,
10999 Berlin, Tel.: 030/615005-30, Fax:
030/61500529

E-Mail: info@kampagne.de
 Internet: <http://www.kampagne.de>

Geburtstagsfest „20 Jahre Kurve Wustrow“

Freitag, 09.06. - 12.06. Wustrow (Wendland)
 Tag-der-offenen-Tür, Diskussion, Workshops, Tanz und Musik

Kontakt: „Kurve Wustow“ Bildungs- und Begegnungsstätte für Gewaltfreie Aktion, Kirchstr. 14, 29462 Wustrow, Tel.: 05843/9871-0, Fax: 05843/987111

E-Mail:

kurve-wustrow@oln.comlink.apc.org

Internet: <http://www.comlink.apc.org/kurviewustrow>

„Keine Festung steht für immer“

Antirassistisches Pfingstcamp gegen Abschottung in Europa

9.-12. Juni Klein Bademeusel (bei Forst in Brandenburg)

AGs zu Asylrecht, Illegalisierung, Antifa, Grenzregime, Ausgrenzung, Überwachung uva.; Konzert, Party, Filme, Diskussionen, Aktionen...

Anmeldung und Infos:

Tel.: 030-247 297 47

info@jungdemokraten.de

<http://www.jungdemokraten.de>

Seminar „Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz? Antimilitarismus heute“

Freitag, 16.06. - 18.06. DJH Kassel,

VA: RLS + PDS Jugendverband „solid“, Tel.: 030/24009419,

Kontakt: Rosa Luxemburg Stiftung (RLS), Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin, Tel.:

030/29784221, Fax: 030/29784222

E-Mail:

info@rosaluxemburgstiftung.de

sprecherrat@solid-online.de

Internet: <http://www.rosaluxemburgstiftung.de>

62. Protestwanderung der Kampagne FREIE HEIDE

Sonntag, 25.06. Rossow (bei Wittstock), 14 Uhr Kirche Rossow

Die BI setzt sich seit 8 Jahren für die friedliche Nutzung des ehem. russ.

Bombenabwurfplatzes Wittstock (142qkm)

ein, den die Bundeswehr als selbsternannte Rechtsnachfolgerin trotz der Zwangsent-

legungen in DDR-Zeiten übernehmen will,

siehe auch: [http://](http://www.friedenskooperative.de/themen/wittsto.htm)

www.friedenskooperative.de/themen/wittsto.htm

Kontakt: BI FREIE HEIDE, Benedikt

Schirge, Dorfstr. 27, 16831 Zühlen, Tel.:

033931/2338, Fax: 033931/2338

Friedensritt 2000 „Frieden mit der Natur“

Mittwoch, 28.06. - 06.07. (Großraum) Hannover

Themen: Gentechnik + Atomtechnik [Wer noch mitmachen will mit Pferd, Drahtesel, beim Straßentheater oder als Troßfahrer sei herzlich willkommen!]

Kontakt: ReiterInnen für den Frieden, c/o

Ute Radermacher, Auf den Steinen 3, 51709

Marienhöhe, Tel.: 02264/6923, Fax: 02264/1443

E-Mail: mojan@t-online.de

Wendland Sommercamp von Anti-AKW-Aktivisten

Samstag, 22.07. - 30.07. Wendland

Campen, Vernetzen, Workshops, Sonne, Party

Kontakt: Klaus Dichtel c/o Verdener Umweltwerkstatt, Herrlichkeit 1, 27283 Verden,

Tel.: 04231/957571, Fax: 04231/957573

E-Mail: klaus@oekozentrum.org

Internet: <http://www.oekozentrum.org>

Chaos-Tage

10.7.-6.8.2000 in Hannover



Der eigentliche Höhepunkt dürfte das Wochenende vom 4.-6.August werden.
Infos: <http://www.chaos-tage.de>

Sommercamp der Jungen Linken

22.07.- So, 06.08. Übernachtet wird in Hütten oder Großzelten, je mit Matratzen ausgelegt. Preis: 20 DM Zelt, 22 DM Hütte je Tag, darin ist Vollverpflegung (für vegetarisch ist immer gesorgt), Quellenfreibad und Materialien enthalten. Getagt und gekocht wird in festem Tagungshaus. Ort: Nähe Heide in Schleswig-Holstein. Anmeldung und Infos: JL, Postfach 910429, 30424 Hannover.

Antimilitaristische Sommeraktionstage rund um die FREIE HEIDE

01.08. - 06.08. Schweinrich (Brandenburg), Bombodrom nahe Wittstock, siehe auch: <http://www.friedenskooperative.de/themen/wittsto.htm>

Kontakt: Ev. Jugendzentrum, Eckhard Häßler, Rudolf-Breitscheid-Str.38, 16816 Neuruppin, Tel.: 03391/3256

Vorschau

Zur IWF/WB-Tagung (Internationaler Währungsfond /Weltbank) am 27/28.September in Prag wird es wieder international organisierte Proteste geben. Ihr habt also die einmalige Gelegenheit, Euch diesmal live und höchstpersönlich an die Protesterfolge in Seattle und Washington anzuknüpfen. Im Moment geht die Entwicklung dahin, daß es drei Kampagnen gegen das Annual Meeting von Weltbank/IWF in Prag geben wird: ein breites NGO-Bündnis (CEE Bankwatch, Friends of the Earth, A SEED Europe) ein autoritär-marxistisches Bündnis (vor allem TrotzkiInnen und LeninistInnen) ein Bündnis undogmatischer *Linksradikaler* (AnarchistInnen, *Autonome*, nichtautoritäre MarxistInnen)

Geplant ist auch eine Fahrrad-Karawane von Hannover nach Prag - Infos über: karawane@mail.nadir.org bzw. telefonisch 0170/3418814

Anarchismus-Seminar

27.10.-29.10. Neudietendorf (bei Erfurt) philoSOPHIA e.V. Erfurt
Tel./Fax: 0361/346 22 77
<http://www.philopage.de>

Anmerkung

Wie Euch sicher aufgefallen ist, sind die Termine für Magdeburg und Umgebung noch recht dünn gesät. Das liegt gewiß auch am alljährlichen Sommerloch, andererseits aber auch daran, daß wir Eure Termine für Veranstaltungen, offene Treffen, Aktionen und dergleichen mehr nicht kennen. Darum möchten wir Euch an dieser Stelle nochmal aufrufen, diese uns rechtzeitig zukommen zu lassen - Kontaktadressen findet Ihr auf der letzten Umschlagseite. Redaktionsschluß für die nächste (Herbst-)Ausgabe ist der 15.9.

Auf zum 5. Anarchistischen Sommercamp!

Nach bisher 4 Camps soll es auch 2000 wieder ein anarchistisches Sommercamp geben, diesmal am Stadtrand von Berlin auf einem lauschigen Platz zwischen Wald, Wiesen und Plantagen inkl. Badesee in der Nähe. Das Camp findet vom 21.7 bis 30.7. – eine Woche später als ursprünglich geplant – statt. Der Termin wurde wegen des Grenzcampes vorverlegt!

Auf den letzten Camps versammelten sich jeweils ca. 300 AnarchistInnen jeden Alters, um sich auszutauschen und kennenzulernen. Neben verschiedenen Arbeitsgruppen zu Themen wie Patriarchat, Widerstand und Perspektiven des Anarchismus, gab es Filmvorführungen, haben sich Projekte vorgestellt, wurde geklettert, geschwommen und Volleyball gespielt. Kurz, es gab einen Rahmen, in dem Ideen ausgetauscht und gemeinsam entwickelt, Kontakte geknüpft und einfach Ferien gemacht werden konnte. Denn das Camp ist natürlich wieder selbstorganisiert, d.h. es wird nicht nur zusammen gekocht, geschrubbt und auf's Gemüse aufgepasst, sondern auch das Tanzen, Singen, Diskutieren, Klettern, Streiten, Spielen usw. kommt von euch oder gar nicht ... Wir sorgen für die nötige Infrastruktur für 300 Leute inklusive Großraumzelte für Menschen ohne eigenes Faltdach.

Damit das Camp inhaltlich noch mehr als in den Vorjahren zu bieten hat, wäre es toll, wenn Ihr Euch jetzt schon überlegen könntet, ob und welche Veranstaltungen Ihr selber anbieten möchtet und Euch dann bei uns meldet. Benötigt werden außerdem noch ÜbersetzerInnen für verschiedene Sprachen. Informiert uns nach Möglichkeit vorher über eure Pläne, damit wir diese eventuell im Vorfeld bekannt machen bzw. euch dabei unterstützen können. Damit gestresste Eltern auch mal den Kopf (und die Hände) frei haben, wird eine Kinderbetreuung organisiert.

Die finanzielle Beteiligung sollte je nach Möglichkeit und Einkommen zwischen 90 und 140 DM liegen, das Essen ist darin schon enthalten.

Bitte meldet euch möglichst früh an, denn das erleichtert uns die Planung. Anmeldeschluß ist der 15. Juli '00 bzw. bei 300 Anmeldungen. Wer beim Aufbau des Camps vor Ort mitwirken möchte, kann auch bis zu einer Woche vorher kommen.

In Liebe, eure Sommercampvorbereitungsgruppe.

Anmeldung & Kontakt

Infoladen Daneben

Stichwort: Acamp

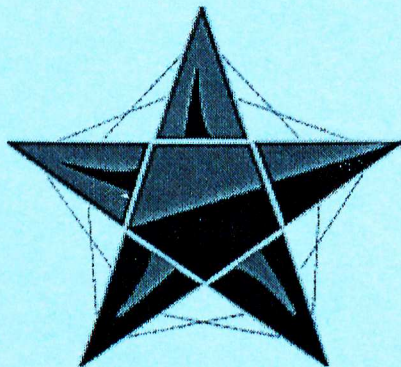
Liebigstraße 34

10247 Berlin

Tel.: 030/42017286 (nur Dienstags, 16-19h!)

Fax: 030/42017281

E-Mail: acamp@jpberlin.de



Benötigt werden folgende Informationen:

Eine Adresse (um die später folgenden Informationen zuzusenden) und die Anzahl der Leute, die kommen wollen. Bitte Workshops, soweit angedacht, schon bei der Anmeldung angeben!

Über den aktuellen Stand der Vorbereitung, angebotene AGs oder Workshops könnt ihr Euch auch im Internet unter

<http://www.jpberlin.de/acamp/acamp.html> informieren.

Kontaktadresse:

Der Störenfried
c/o
Postfach 1943
39009 Magdeburg
eMail: der-stoerenfried@gmx.net

<http://der-stoerenfried.exit.de>